

Bezugspreis:

Einzelheft 10 Pf. — 12. monatl. 10 Pf. — 3. Quartal 30 Pf. — 6. monatl. 50 Pf. — 1. Jahr 5.00 Pf. — 2. Jahr 10.00 Pf. — 3. Jahr 15.00 Pf. — 4. Jahr 20.00 Pf. — 5. Jahr 25.00 Pf. — 6. Jahr 30.00 Pf. — 7. Jahr 35.00 Pf. — 8. Jahr 40.00 Pf. — 9. Jahr 45.00 Pf. — 10. Jahr 50.00 Pf. — 11. Jahr 55.00 Pf. — 12. Jahr 60.00 Pf. — 13. Jahr 65.00 Pf. — 14. Jahr 70.00 Pf. — 15. Jahr 75.00 Pf. — 16. Jahr 80.00 Pf. — 17. Jahr 85.00 Pf. — 18. Jahr 90.00 Pf. — 19. Jahr 95.00 Pf. — 20. Jahr 100.00 Pf. — 21. Jahr 105.00 Pf. — 22. Jahr 110.00 Pf. — 23. Jahr 115.00 Pf. — 24. Jahr 120.00 Pf. — 25. Jahr 125.00 Pf. — 26. Jahr 130.00 Pf. — 27. Jahr 135.00 Pf. — 28. Jahr 140.00 Pf. — 29. Jahr 145.00 Pf. — 30. Jahr 150.00 Pf. — 31. Jahr 155.00 Pf. — 32. Jahr 160.00 Pf. — 33. Jahr 165.00 Pf. — 34. Jahr 170.00 Pf. — 35. Jahr 175.00 Pf. — 36. Jahr 180.00 Pf. — 37. Jahr 185.00 Pf. — 38. Jahr 190.00 Pf. — 39. Jahr 195.00 Pf. — 40. Jahr 200.00 Pf. — 41. Jahr 205.00 Pf. — 42. Jahr 210.00 Pf. — 43. Jahr 215.00 Pf. — 44. Jahr 220.00 Pf. — 45. Jahr 225.00 Pf. — 46. Jahr 230.00 Pf. — 47. Jahr 235.00 Pf. — 48. Jahr 240.00 Pf. — 49. Jahr 245.00 Pf. — 50. Jahr 250.00 Pf. — 51. Jahr 255.00 Pf. — 52. Jahr 260.00 Pf. — 53. Jahr 265.00 Pf. — 54. Jahr 270.00 Pf. — 55. Jahr 275.00 Pf. — 56. Jahr 280.00 Pf. — 57. Jahr 285.00 Pf. — 58. Jahr 290.00 Pf. — 59. Jahr 295.00 Pf. — 60. Jahr 300.00 Pf. — 61. Jahr 305.00 Pf. — 62. Jahr 310.00 Pf. — 63. Jahr 315.00 Pf. — 64. Jahr 320.00 Pf. — 65. Jahr 325.00 Pf. — 66. Jahr 330.00 Pf. — 67. Jahr 335.00 Pf. — 68. Jahr 340.00 Pf. — 69. Jahr 345.00 Pf. — 70. Jahr 350.00 Pf. — 71. Jahr 355.00 Pf. — 72. Jahr 360.00 Pf. — 73. Jahr 365.00 Pf. — 74. Jahr 370.00 Pf. — 75. Jahr 375.00 Pf. — 76. Jahr 380.00 Pf. — 77. Jahr 385.00 Pf. — 78. Jahr 390.00 Pf. — 79. Jahr 395.00 Pf. — 80. Jahr 400.00 Pf. — 81. Jahr 405.00 Pf. — 82. Jahr 410.00 Pf. — 83. Jahr 415.00 Pf. — 84. Jahr 420.00 Pf. — 85. Jahr 425.00 Pf. — 86. Jahr 430.00 Pf. — 87. Jahr 435.00 Pf. — 88. Jahr 440.00 Pf. — 89. Jahr 445.00 Pf. — 90. Jahr 450.00 Pf. — 91. Jahr 455.00 Pf. — 92. Jahr 460.00 Pf. — 93. Jahr 465.00 Pf. — 94. Jahr 470.00 Pf. — 95. Jahr 475.00 Pf. — 96. Jahr 480.00 Pf. — 97. Jahr 485.00 Pf. — 98. Jahr 490.00 Pf. — 99. Jahr 495.00 Pf. — 100. Jahr 500.00 Pf.

Verlagsadresse:

„Sozialdemokratisches Verlagsamt“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelheft 10 Pf. — 12. monatl. 10 Pf. — 3. Quartal 30 Pf. — 6. monatl. 50 Pf. — 1. Jahr 5.00 Pf. — 2. Jahr 10.00 Pf. — 3. Jahr 15.00 Pf. — 4. Jahr 20.00 Pf. — 5. Jahr 25.00 Pf. — 6. Jahr 30.00 Pf. — 7. Jahr 35.00 Pf. — 8. Jahr 40.00 Pf. — 9. Jahr 45.00 Pf. — 10. Jahr 50.00 Pf. — 11. Jahr 55.00 Pf. — 12. Jahr 60.00 Pf. — 13. Jahr 65.00 Pf. — 14. Jahr 70.00 Pf. — 15. Jahr 75.00 Pf. — 16. Jahr 80.00 Pf. — 17. Jahr 85.00 Pf. — 18. Jahr 90.00 Pf. — 19. Jahr 95.00 Pf. — 20. Jahr 100.00 Pf. — 21. Jahr 105.00 Pf. — 22. Jahr 110.00 Pf. — 23. Jahr 115.00 Pf. — 24. Jahr 120.00 Pf. — 25. Jahr 125.00 Pf. — 26. Jahr 130.00 Pf. — 27. Jahr 135.00 Pf. — 28. Jahr 140.00 Pf. — 29. Jahr 145.00 Pf. — 30. Jahr 150.00 Pf. — 31. Jahr 155.00 Pf. — 32. Jahr 160.00 Pf. — 33. Jahr 165.00 Pf. — 34. Jahr 170.00 Pf. — 35. Jahr 175.00 Pf. — 36. Jahr 180.00 Pf. — 37. Jahr 185.00 Pf. — 38. Jahr 190.00 Pf. — 39. Jahr 195.00 Pf. — 40. Jahr 200.00 Pf. — 41. Jahr 205.00 Pf. — 42. Jahr 210.00 Pf. — 43. Jahr 215.00 Pf. — 44. Jahr 220.00 Pf. — 45. Jahr 225.00 Pf. — 46. Jahr 230.00 Pf. — 47. Jahr 235.00 Pf. — 48. Jahr 240.00 Pf. — 49. Jahr 245.00 Pf. — 50. Jahr 250.00 Pf. — 51. Jahr 255.00 Pf. — 52. Jahr 260.00 Pf. — 53. Jahr 265.00 Pf. — 54. Jahr 270.00 Pf. — 55. Jahr 275.00 Pf. — 56. Jahr 280.00 Pf. — 57. Jahr 285.00 Pf. — 58. Jahr 290.00 Pf. — 59. Jahr 295.00 Pf. — 60. Jahr 300.00 Pf. — 61. Jahr 305.00 Pf. — 62. Jahr 310.00 Pf. — 63. Jahr 315.00 Pf. — 64. Jahr 320.00 Pf. — 65. Jahr 325.00 Pf. — 66. Jahr 330.00 Pf. — 67. Jahr 335.00 Pf. — 68. Jahr 340.00 Pf. — 69. Jahr 345.00 Pf. — 70. Jahr 350.00 Pf. — 71. Jahr 355.00 Pf. — 72. Jahr 360.00 Pf. — 73. Jahr 365.00 Pf. — 74. Jahr 370.00 Pf. — 75. Jahr 375.00 Pf. — 76. Jahr 380.00 Pf. — 77. Jahr 385.00 Pf. — 78. Jahr 390.00 Pf. — 79. Jahr 395.00 Pf. — 80. Jahr 400.00 Pf. — 81. Jahr 405.00 Pf. — 82. Jahr 410.00 Pf. — 83. Jahr 415.00 Pf. — 84. Jahr 420.00 Pf. — 85. Jahr 425.00 Pf. — 86. Jahr 430.00 Pf. — 87. Jahr 435.00 Pf. — 88. Jahr 440.00 Pf. — 89. Jahr 445.00 Pf. — 90. Jahr 450.00 Pf. — 91. Jahr 455.00 Pf. — 92. Jahr 460.00 Pf. — 93. Jahr 465.00 Pf. — 94. Jahr 470.00 Pf. — 95. Jahr 475.00 Pf. — 96. Jahr 480.00 Pf. — 97. Jahr 485.00 Pf. — 98. Jahr 490.00 Pf. — 99. Jahr 495.00 Pf. — 100. Jahr 500.00 Pf.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 9. September 1920

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Stillelegungen und Arbeitslosigkeit.

Wie der Arbeitsminister Dr. Braun am Mittwoch im Volkswirtschaftlichen Ausschuss mitteilte, wird dem Reichstag bald nach seinem Zusammentritt eine Verordnung unterbreitet werden, die für Stillelegung von Betrieben die Pflicht vorschreibt und in besonderen Fällen die Beschlagnahme von Rohstoffen und Maschinen der stillgelegten Betriebe vorseht. Ebenfalls wird dem Reichstag das neue Gesetz über Arbeitslosenversicherung bald nach seinem Zusammentritt zugehen. Doch fügte der Minister hinzu, daß dadurch nicht die bisherige Arbeitslosenfürsorge überflüssig gemacht werden würde. Die Schlichtungsordnung wird wegen des Widerspruchs der Gewerkschaften einer neuen Durchprüfung unterzogen. Durch die produktive Arbeitslosenversicherung, für welche vom Reich bisher 130 Millionen Mark aufgegeben sind, konnten bisher 85 000 Arbeiter auf 4 bis 5 Monate vor der Arbeitslosigkeit bewahrt werden. Im Deutschen Reich war die höchste Arbeitslosigkeit seit dem Kriege im Jahre 1919 mit 1 100 000 Arbeitslosen zu verzeichnen. Die Ziffer war am 15. Januar 1920 auf 447 000, im Juni 1920 auf 270 000 gefallen und am 15. August wieder auf 421 000 gestiegen. Von dieser Zahl entfallen 46,6 Proz. allein auf Berlin.

Abschlüßung Wrangels.

Moskau, 8. September. (WZ.) Kamenew hat sich an Lloyd George mit der Frage gewandt, wie die englische Regierung sich nach der Anerkennung Wrangels durch die französische Regierung zu ihm verhalte, ob England vielleicht für die Angriffe Wrangels verantwortlich sei und ob England sich vielleicht verpflichtet fühle, in Anbetracht seiner früheren Schritte zugunsten Wrangels neue Maßnahmen zu seiner Unterstützung zu ergreifen. Lloyd George erwiderte bestimmt, daß die englische Regierung die Absicht habe, die Kampfhandlungen in Osteuropa zu beenden, und nur die persönliche Sicherheit der in der Krime befindlichen Truppen und Flüchtlinge garantieren wolle. England habe nie die Absicht gehabt, die Krime von Sowjetrußland zu trennen oder sich über Wrangel die Herrschaft über die Krime vorzubehalten. Danach bestehen also zwischen Kamenew und Lloyd George ganz regelrechte diplomatische Beziehungen und der bereits angelegte Plauderwurf Krasins und Kamenews wäre recht unwahrscheinlich. Königsberg, 8. September. (WZ.) Im Suwalki-gebiet, nördlich von Solzka und bei Kamenew-Litowsk örtliche Kampfhandlungen. In der Gegend Orubeschow hält die polnische Besatzung der Armee Budjenny an. Galizien. Defilade von Lemberg beinahe die Polen ihre Angriffsfront weiter nördlich und über Schritten zwischen Kamionka und Buzyn Dug. Gegenangriffe der Bolschewiken bei Buzyn und Krainie wurden abgewiesen. Dagegen mußte die polnische Front zwischen Chodorow und Kobryn zurückgenommen werden.

München, 8. September. Wie die „Münch. N. N.“ mitteilen, sind in der Nacht zum Dienstag bereits 1877 Russen, darunter 10 Frauen, im Vahrer Lager eingetroffen. Sie machen einen militärisch minderwertigen Eindruck und sind zum Teil sehr junge Leute. Am gleichen Tage sollen 1000 Russen im Erlanger Lager angekommen sein.

Sowjet-Buchara.

Zu der angeblichen Arbeiterbefreiung in Buchara durch den Moskauer Militärdiktator kann noch ergänzend gemeldet werden, daß die Petersburger „Pravda“ mitteilt, der Versuch Englands, das Emirats Buchara zum Kriege gegen Sowjetrußland zu verleiten, sei dokumentarisch festgestellt. Der bolschewistische Staatsrat scheint seit langem vorbereitet gewesen zu sein. Bereits vor einiger Zeit meldete die „Iswestija“, daß in Moskau der Agitationstag „Der rote Osten“ bereitstehe, um nach Turkestan abzurufen. Sein Zweck sollte sein, unter der einheimischen Bevölkerung Mittelasiens für den „Kommunismus“ Propaganda zu machen.

Die großen Arbeitskämpfe.

London, 8. September. (WZ.) Der Gewerkschaftskongress in Portsmouth nahm einstimmig eine Entschließung an, in der erklärt wird, daß die Forderungen der Bergarbeiter angemessen und gerecht seien und daß ihnen sofortige Entschädigung zufließen müsse. Rom, 8. September. (WZ.) Der Unternehmerverband hat beschlossen, nicht mit den Arbeitern zu verhandeln, wenn es sich nicht um rein wirtschaftliche Forderungen handelt und wenn die Arbeiter nicht die von ihnen besetzten Fabriken räumen.

Neue Drangsale in Sicht.

Wie der „Dona“ aus Paris gemeldet wird, hat die Interalliierte Kontrollkommission eine Beschwerde an die Vorkonferenz gerichtet, worin sie ausführt, daß ihr von den deutschen Behörden verweigert worden sei, über die Transporte der in Ostpreußen internierten Russen die Kontrolle auszuüben. Die Interalliierte Kommission sieht darin eine Verletzung des Versailler Friedensvertrages und ersucht die Vorkonferenz, entsprechende Maßnahmen zu treffen. Es soll sich jetzt herausgestellt haben, daß von den geraubten Fahnen des französischen Konsulats in Breslau die eine auf der Straße verbrannt wurde, die zweite ist bei einem 17-jährigen Baderlehrling gefunden worden. Das Pariser „Journal“ berichtet von einem Zwischenfall in Wiesbaden.

Danach habe die Stadtbehörde im Einklang mit dem General Depoutie neulich zu einer im Kasino von Wiesbaden zu Ehren der französischen Truppen veranstalteten Feiertagsfeier eine gewisse Anzahl von Vertretern der deutschen Presse eingeladen, die gekommen waren, um eine Unterredung über die Behauptungen ihrer Blätter, daß die Frauen in Wiesbaden nicht sicher wären, da die marokkanischen Truppen ständig Attentate gegen sie unternähmen, zu veranstalten. Bei Beginn der Vorstellung habe General Nordaeg, Platzkommandant von Wiesbaden, die Journalisten auf einer Tribüne bemerkt; er habe sofort den Direktor des Kasinos zu sich gerufen und ihm 5 Minuten Zeit gegeben, die Journalisten zum Verlassen des Saales zu bewegen, obgleich der Direktor versichert, daß die Journalisten die offiziellen Gäste der Stadtverwaltung seien. Der General habe gedroht, er werde, wenn sein Befehl nicht sofort ausgeführt werden sollte, die Journalisten durch die Wache herausbringen lassen.

Davon hat die Presse, die an jener Reise (von der wir nichts wußten) teilgenommen und die Klagen aus dem besetzten Gebiet nachher lächerlich gemacht hat, kein Wort berichtet. Fast scheint es, als hätte man hier den Stiefel geleckt, der einen erst eben getreten. . . .

Folgen eines Patentverkaufs.

Vorkriegspatriotismus deutscher Kapitalisten. Die französische Funkgesellschaft „Compagnie générale de télégraphie sans fil, Paris“ erhebt Anspruch auf Herausgabe der deutschen Funkstation Eilbese, weil die Hochfrequenz-Maschinen N. G. Berlin im Jahre 1912 einer französischen Gruppe die Auslandspatente des Professors Goldschmidt verkauft und ihr außerdem das Recht auf Übernahme der deutschen Großstation Eilbese bei Hannover bis 31. Dezember 1914 eingeräumt hat. Infolge des Krieges hat die französische Gesellschaft ihr Recht, die Funkstation Eilbese zu übernehmen, nicht ausüben können. Unter Berufung auf § 299b des Friedensvertrages hat jedoch Frankreich die deutsche Regierung von dem Wiedereintrittreten des Vertrags verständigt, und die französische Gesellschaft hält sich für berechtigt, gegen Entschädigung die Station zu übernehmen. Durch diese Sachlage ist die Reichstelegraphenverwaltung, ohne deren Kenntnis im Jahre 1912 den Franzosen durch Privatvereinbarung ein in die deutschen Verkehrsinteressen eingreifendes Recht eingeräumt worden ist, in eine außerordentlich schwierige Lage gekommen, da die Großfunkstation Eilbese inzwischen in den öffentlichen Telegraphendienst eingestellt ist. Das Reichspostministerium hofft, daß auf dem Wege der Verhandlungen die dem deutschen Funkverkehr drohende ausländische Kontrolle noch in letzter Stunde abgewendet werden kann.

Oberschlesisches aus Kärnten.

Klagenfurt, 7. September. (WZ.) Den hiesigen Blättern wird gemeldet: In einer von Deutschkärntnern nach Feitritz einberufenen Versammlung, die durch aus Krain herbeigeführte Südböhmern gewaltsam gesprengt wurde, traten die landfremden Unruheherde derart auf, daß sogar der zuständige Distriktskommandant, der französische Oberleutnant Venoble, kaum zu Worte kommen konnte und beinahe von einem Stein getroffen worden wäre. Angesichts dieser neuen terroristischen Gewalttat, bei der sich 4000 kinnbarerechte Kärntner, um Blutvergießen zu vermeiden, vor 800 verzehnten Eindringlingen zurückziehen mußten, wofür sie bei ihrem Abzug beschimpft, bespuckt und mit Steinen beworfen wurden, verlangt die Presse erneut die Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages und die Besetzung des Abstimmungsgebietes durch alliierte Truppen.

Fünf Regierungen in Ostasien bestehen nach einem „Temps“-Bericht: 1. die von Wladimiroff, 2. die von Werchne-Uinsk, 3. die von Nischita, 4. die von Blagoweschensk und 5. die von Chabarowsk, welche letztere aber von der Wladimiroff-Regierung nicht anerkannt wird. Die Wladimiroff-Regierung ist nach japanischer Darstellung sehr wenig gefestigt und droht dem Bolschewismus in die Arme zu fallen. Die Regierung Nischita ist zwar antibolschewistisch, hat aber nur geringen Einfluß.

Um den Berliner Magistrat.

Von Carl Wermuth.

Je näher der Termin der Magistratsbildung heranrückt, desto mehr ergehen sich die bürgerlichen Parteien und ihre Presse in heftigen Angriffen auf die beiden sozialdemokratischen Fraktionen. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht in seiner Mittwoch-Nummer ein Schreiben, das der Vorsitzende der demokratischen Fraktion in der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung, Herr Otto, an mich als den zurzeit amtierenden 2. Vorsitzenden der Fraktion gerichtet hat. Obwohl die sozialdemokratische Fraktion den bisherigen in der bürgerlichen Presse veröffentlichten Erörterungen über sozialdemokratische „Klügel- und Bekkernwirtschaft“ keine Beachtung geschenkt hat, möchte ich mich zu dem vom „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Schreiben des Herrn Otto in Kürze äußern.

Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 6. September 1920.
An die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei in der Stadtverordnetenversammlung Berlin, zu Händen des Herrn Stadtverordneten Wermuth (Reußhain):

Die Verhandlungen in dem Wahlausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben einen Gang genommen, dem die Vermutung sich nicht von der Hand weisen läßt, daß bezüglich der Besetzung der Stellen in dem neuen Magistrat die Fraktion der S. P. D. ein bindendes Abkommen mit der Fraktion der U. S. P. D. unter Ausschluß aller anderen Parteien getroffen hat. Hierbei sind in der Öffentlichkeit unwillkürlich auch Namen von Kandidaten genannt worden, deren Wahl uns offenkundig den Interessen der Stadt zu widersprechen scheint. In dem Augenblicke nun, wo die Beschlüsse des Wahlausschusses noch nicht endgültig gefaßt sind, erlauben wir uns, die Fraktion der S. P. D. auf die Konsequenzen aufmerksam zu machen, die ein derartiges Vorgehen bei uns notwendigerweise auslösen muß. Es ist selbstverständlich, daß wir uns eine derartige Ausschaltung unserer Partei aus der Verwaltung von Berlin nicht gefallen lassen werden. Wir werden vielmehr genötigt sein, gegen diese Beschlüsse den allerstärksten Widerspruch zu erheben. Um diesen Widerstand einigermassen erfolgreich zu gestalten, werden wir uns gezwungen sehen, mit allen übrigen nichtsozialistischen Parteien und Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Berlin auf das engste zusammenzuarbeiten. Eine derartige Konstellation wird dann zu Zusammenstößen führen, die insbesondere wegen der völligen Ausscheidung von den Regierungsverhältnissen im Reich und in Preußen auch für die allgemeine Politik des Landes unter Umständen erhebliche Folgen haben werden. Es liegt uns selbstverständlich völlig fern, unsere Mitarbeit der Fraktion der S. P. D. irgendwie auszudrängen. Mit Rücksicht aber auf das Koalitionsverhältnis, das unsere Partei mit Ihrer Partei im preussischen Staate unterhält, fühlen wir uns genötigt, Sie auf diese Folgen aufmerksam zu machen.

Der Vorsitzende der deutsch-demokratischen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Berlin.
J. S. Otto.

Zu diesem Schreiben sei zunächst folgendes bemerkt: Wir haben wiederholt in Verhandlungen mit den unabhängigen Vertretern zum Ausdruck gebracht, daß wir es für ratsam halte, die bürgerlichen Parteien im Magistrat ihrer Stärke entsprechend zu berücksichtigen. Die Unabhängigen vertreten jedoch den Standpunkt, daß die Bürgerlichen, solange sie die politische Macht hatten, die Arbeiterklasse stets von der Verwaltung ferngehalten hätten; sie jetzt entsprechend ihrer Stärke zu berücksichtigen, sei des Guten zuviel.

Soweit übrigens die demokratische Fraktion in Frage kommt, darf wohl bereits jetzt darauf hingewiesen werden, daß einige bewährte Kräfte des alten Berliner Magistrats — Angehörige ihrer Partei — als Kandidaten wieder vorgesehen sind. Außerdem sind auch für einige Fachdegnate Bürgerliche vorgesehen.

Die sozialdemokratische Fraktion konnte es nur begrüßen, daß die Unabhängigen sich bereit erklärten, die gewaltigen Aufgaben des neuen Berlin mit lösen zu helfen. Welche Konstellation würde sich ergeben, wenn sie wegen der mit den Unabhängigen vorliegenden Differenzen die Koalition mit diesen ablehnen würde? Eine Verbindung mit der Deutschen Volkspartei ist für die sozialdemokratische Fraktion ebenso unmöglich, wie für unsere Genossen im Reich. Die Demokraten und übrigen etwa in Betracht kommenden bündnisfähigen Gruppen sind aber so schwach, daß mit ihnen ein Magistrat überhaupt nicht gebildet werden könnte. Wir müßten also Gewehr bei Fuß stehen und zusehen, wie die bürgerlichen Fraktionen einen ihnen genehmen Magistrat gegen die 86 unabhängigen Stimmen zustande bringen. Unsere Wähler- und Parteigenossenschaft würde sicher den Vorwurf gegen uns erheben, daß wir durch unser Verhalten den Magistrat den bürgerlichen Gegnern ausgeliefert hätten. Mit Sicherheit hätten unsere Parteigenossen gesagt: „Nun, da die

Unabhängigen sich zu positiver Arbeit bereit erklären, ver- bindert ihr die Bildung eines in seiner Mehrheit aus Sozialisten bestehenden Magistrats. Eine solche Verantwortung können wir um so weniger übernehmen, als das neue große Gemeinwesen auf die Mithilfe, namentlich der breiten Arbeiter- und Ange- stelltschaft angewiesen ist. In zahlreichen Willens- und Ab- scheidungen der Angestelltenorganisationen und Vertretungen der Arbeiterschaft in den städtischen Betrieben wird gefordert, daß der Magistrat eine der gegenwärtigen Zeit entsprechende Zusammenfassung finden möge. Wir will meinen, daß eine in ihrer Mehrheit aus Sozialisten bestehende Verwaltung- sform die Arbeiter- und Angestelltenschaft zu größerer Pflichterfüllung anspornen kann als eine bürgerliche. Diese Motive unseres Handelns meint auch die „Sozialistische Korrespondenz“ nicht genügend berücksichtigt zu haben, denn sonst hätte sie sich nicht bereits verschiedene Male in recht be- fremdlicher Weise gegen die sozialdemokratische Fraktion wend- en können. Daß die sozialdemokratische Fraktion ernstlich beabsichtigt ist, den Magistrat nur aus tüchtigen Kräften zu bilden, bedarf wohl keiner besonderen Betonung. Die Fach- bezirke sollen durch erstklassige Kräfte besetzt werden, und bei den übrigen Stadträten kommen Männer in Frage, die im kommunalen Leben bereits erprobt sind. Im übrigen darf doch die Frage, ob der Magistrat unter allen Umständen ein Spiegelbild der Stadtverordnetenversammlung darstellen soll, nicht ohne weiteres beachtet werden. Man hat das neue Ge- meinwesen in Vergleich gestellt zu größeren deutschen Bundesstaaten. So wenig aber in diesen die gerade herr- schende Regierung ein Spiegelbild aller in den Landesver- sammlungen vorhandenen Parteien darstellt, so wenig braucht dies beim kommenden Magistrat des neuen Berlin der Fall zu sein. Es wäre vielleicht ein Fehler, wenn die Ar- beiten des Magistrats durch starke politische Meinungsver- schiedenheiten beeinträchtigt würden. Späher macht es sicher weder uns noch den Unabhängigen, und es wäre vielleicht besser, die Ordnung der völlig zerrütteten Verhältnisse denen zu über- lassen, die ein gerüttelt Maß Schuld an ihnen tragen.

Herr Otto deutet in seinem Schreiben an, daß die Vor- gänge in Berlin eine Rechtsorientierung der Demo- kraten in Preußen zur Folge haben könnten. Er zeigt eine gewisse Reue, die sozialdemokratischen Minister in Preußen — natürlich nur bildlich gesprochen — als Geiseln zu behandeln, falls die bürgerlichen Parteien bei der Berliner Magistratsbildung zu kurz kämen. Solche Hinweise sind ge- rade nicht geeignet, das Verhältnis zwischen den beiden Par- teien zu verbessern, und sie können auf die Entscheidung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion keinen Einfluß haben. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion trifft ihre Entscheidungen unter schwierigsten Umständen nach bestem Ermessen im Interesse der Bevölkerung Berlins nach rein kommunalpolitischen Gesichtspunkten. Sie muß es den Demokraten überlassen, ob sie aus diesem ihren Verhalten Folgerungen für die Staatspolitik ziehen will, über deren Wirkung für die eigene Partei man im Lager der Demokraten selbst doch verschiedene Meinungen haben dürfte.

Sozialdemokratie und Regierung.

Eine Einladung zum Wiedereintritt.

Die „Germania“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit einem Aufsatz, der dieser Tage durch süddeutsche Parteiblätter gegangen ist und der das Kabinett Fehrenbach einer sehr heftigen Kritik unterwirft. Zum Schluß dieses Aufsatzes wird gesagt, die Sozialdemokratie könne irgendeine Verantwortung für die Fortdauer der gegenwärtigen Regierung nicht länger tragen. Die bürgerlichen Parteien sollten entweder offen gegen die Arbeiterschaft regieren oder aber Neuwahlen herbeiführen, um klare Mehrheitsverhältnisse zu schaffen.

Die „Germania“ schließt aus diesem Aufsatz, daß sich in der Sozialdemokratie „wieder die Lust zum Regieren“ rege

und daß sie deshalb eine Regierungskrise und Auflösung des Reichstags herbeiführen beabsichtige. Die „Germania“ ist gegen die Auflösung, sieht aber keine Möglichkeit, sie zu ver- meiden, wenn nicht die Sozialdemokratie wieder in die Re- gierung eintrete. In diesem Sinn schreibt sie:

Allerdings ist die jetzige Basis für die Regierung zu schmal. Ihre Verbreiterung erweist sich als notwendig. Daher wird sich in der Tat die Sozialdemokratie zu Beginn der neuen Reichs- tagstagung vor eine Entscheidung gestellt sehen. Sie wird sich darüber schärflich werden müssen, ob sie in die Regierung eintreten will, um dieser die Festig- keit und Dauerhaftigkeit zu geben, die unsere Lage dringend erheischt. Lehnt sie den Eintritt in das Kabinett ab, so würde allerdings, da seine Verbreiterung nach rechts nicht in Frage kommen kann, wahrscheinlich kaum ein anderer Weg übrig bleiben, als durch Neuwahlen die Grundlage für ein auf eine Parlamentsmehrheit gestütztes Kabinett zu gewinnen. Schwere Gründe sprechen gegen diese Wiederholung der eben erst hinter uns liegenden Volksbefragung. Sie würde, um das nochmals zu betonen, einer Politik der Verantwortungs- losigkeit zu danken sein, die ohne Zweifel auch bei den Wahlen ihr Echo finden würde, freilich in anderem Sinne, als die- jenigen, die jetzt darauf hintreiben, zu hoffen scheinen.

Zunächst sei gegen den zitierten Aufsatz aus unserer Parteipresse bemerkt, daß die Sozialdemokratie für das Be- stehen des Kabinetts Fehrenbach keine Verantwortung trägt. Diese Verantwortung tragen nächst den an der Regierung beteiligten Parteien die unabhängigen, die durch ihre Weigerung, in die Regierung mitzutreten, die Bil- dung eines rein bürgerlichen Kabinetts geradezu erzwingen haben. Die Unabhängigen scheinen mit diesem Erfolg auch ganz zufrieden zu sein, denn die rein bürgerliche Regierung erfreut sich einer unvergleichlich besseren Behandlung durch sie als die früheren Regierungen, an denen die Sozialdemo- kratie hervorragend beteiligt war.

Solange das arbeitende Volk in seiner erdrückenden Mehrheit nicht einsetzt, daß eine sozialdemokratische oder von Sozialdemokraten stark beeinflusste Regierung — wenn sie auch nicht alle Wünsche erfüllen und auf verrückte Ratschläge hören kann — besser ist als eine rein bürgerliche Regierung, solange kann die Lust der Sozialdemokratie am Regieren oder Mitregieren nicht groß sein. Sie hat auch keineswegs den Wunsch, daß wir alle drei Monate eine neue Regierung und alle sechs Monate einen neuen Reichstag haben sollen, damit bringt man die Dinge auch nicht vorwärts. Die „Ger- mania“ ist aber auf dem Holzweg, wenn sie glaubt, die Sozialdemokratie zum Eintritt in die Regierung zwingen zu können durch die kaum verhüllte Drohung, es würden sonst Wahlen gemacht werden gegen sie. Daß die Sozial- demokratie bei den nächsten Wahlen, wann und unter welcher Parole immer sie stattfinden mögen, wieder sehr große Fort- schritte machen wird, darüber herrscht in unserer Partei nur eine Stimme der Zuversicht, jeder Appell an die Wahlgangst wird daher ungehört verhallen.

Preussische Richter.

Beiträge zur Unparteilichkeit der Justiz.

Die ganze Schönheit der preussischen Rechtsprechung kann man nur kennen lernen, wenn man sich genau in einzelne Fälle vertieft. Darum seien zwei dieser Fälle, die Genosse Heilmann bei der Beratung des Justizrats im Haushaltsausschuß der Preussischen Landesversammlung vorgebracht hat, hier kurz wieder- gegeben.

Im Mai traten die Arbeiter des ostpreussischen Städtchens Sensburg in den Generalstreik. Sie verlangten Entfernung des Landrats, der sich im März laut zu Kopf bekant hatte, und zweier Landratsbeamten, denen betrügerische Schädigungen der Allge- meininteressen nachgesagt wurde. Auf den Generalstreik antwortete das Bürgertum mit einem Gegenstreik, und an die Spitze des sogenannten Streikabwehrkomitees trat der Amts-

richter. Obwohl Reichsregierung und preussische Regierung wiederholt erklärt hatten, daß sie ein Streikrecht der Beamten nicht anerkennen könnten, war das Gericht von Sensburg Haupt- akteur beim Gegenstreik. Selbstverständlich ist den Richtern, die in den Streik getreten waren, bis zum heutigen Tage kein Haar gekrümmt worden, es ist nicht einmal eine Untersuchung gegen sie eingeleitet worden. Geringes hat dasselbe Gericht, das den Gegen- streik leitete, gegen die Streikleitung der anderen Partei, nämlich die Vorsitzenden des Gewerkschaftsartikels, eine Forunter- suchung eingeleitet! Derselbe Richter, der an der Spitze des Streikabwehrkomitees stand, wollte sie verantwortlich vernehmen; er hielt sich für unbefangene genug, um diese Strafverfolgung durchzuführen. Selbstverständlich lehnten es unsere Genossen ab, diesen ausgeprochenen Feind als Richter anzuerkennen. Jetzt hat das Gericht ihre zwangsweise Vorführung angeordnet und wenn es dazu kommt, dürfte in Sensburg wieder einmal Gene- ralsstreik sein.

Der andere Fall spielt ebenfalls in Ostpreußen. Leiter des außerordentlichen Kriegsgerichts in Tilsit war ein gewisser Land- gerichtsrat Siegfried, der den Eid auf die Reichsverfassung in unmittelbarer Monarchentreue abgelegt hat. Unter seinem Vorhinein verteidigte einmal der Tilsiter Rechtsanwalt Dr. Schönfeld und erschloß sein Plädoyer mit der Wendung, seine Klienten müßten aus rechtlichen Gründen freigesprochen werden, aber ihre Beurteilung würde auch draußen im Volk nicht verstanden werden. Diese Rede wurde verbrochen und Landgerichtsrat Siegfried so sehr, daß er dem Rechtsanwalt Schönfeld das Wort nicht mehr ver- sprachte, ihm öffentlich eine grobe Ungehörigkeit nachsagte und ihm schließlich einen Schreibbrief sandte, daß dem Dr. Schön- feld für die Zukunft die Befugnis entzogen sei, als Verteidiger vor dem außerordentlichen Kriegsgericht aufzutreten, da er durch die genannte Bemerkung die Polizei in den Gerichtsraum getragen habe. Schönfeld beschwerte sich darüber beim Landgerichtspräsidenten, der sich für unzuständig erklärte und ihn an die Militärbehör- den verwies. Nun beschwerte sich Schönfeld beim kommandierenden General und beim Reichswehrminister, die sich ihrerseits für unzuständig erklärten und ihn an die bürgerlichen Justizbehör- den verwies. Nunmehr beschwerte sich Schönfeld wieder bei diesen, und endlich bekam er einen förmlichen Bescheid vom Ober- landesgerichtspräsidenten in Königsberg, in dem anerkannt war, was Schönfeld juristisch nachgewiesen hatte, daß der Gerichtsver- ständige überhaupt kein Recht hat, einem Anwalt das Auftreten als Verteidiger vor dem außerordentlichen Kriegsgericht zu untersagen, im übrigen aber die Beschwerde des Dr. Schönfeld als unbe- gründet zurückgewiesen wurde. Der preussische Herr Justizminister fand zwar Erscheinung und Auftreten des Land- gerichtsrats Siegfried, der inzwischen infolge einer parlamentari- schen Aktion unserer Genossen wegen des verweigerten Verfassungsei- des pensioniert worden ist, wenig erfreulich, aber auch er weigerte sich, dem Dr. Schönfeld irgendwie zu seinem Recht zu verhelfen oder ihm Genugtuung zu verschaffen.

Einzelfälle — sagen die unbedingten Verteidiger der neudeut- schen Justizherrlichkeit. Selbstverständlich! Aber solcher und ähn- licher Einzelfälle gibt es Dutzende — man kann sie nur nicht alle auf einmal erzählen.

Sönksen nicht im Amt.

Zu der Meldung, daß der frühere Oberpostdirektor von Berlin, der Kappist Geh. Oberpostrat Sönksen, jetzt als Vortragender Rat im Reichspostministerium tätig sei, teilt H.T.W. mit: Dies trifft nicht zu. Herr Sönksen ist nach dem Zusammenbruch des Kapp- unternehmens sofort krankheitshalber außer Dienst ge- treten und hat seitdem keinerlei Amtshandlungen mehr wahrgenommen. Da der wichtige Posten des Berliner Ober- postdirektors sofort neu besetzt werden mußte, Geheimrat Sönksen aber bis zur Durchführung des gegen ihn alsbald eingeleiteten Dis- ziplinarverfahrens zunächst in einer anderen Dienststelle unterzu- bringen war, ist er von da ab in einer Stelle für Ministerialräte im Reichspostministerium geführt worden. Auch hier hat er keine- lei Dienst versehen. Inzwischen ist Herr Sönksen wegen dauernder Dienstunfähigkeit zum 1. Oktober in den Ruhestand versetzt worden.

Helgoländer Eindrücke.

Von Josef Riche.

Dreißig Jahre sind es in diesen Tagen, seit die Felseninsel Helgoland Deutschland übergeben wurde. Ehemals ein beliebter Urlaubsziel, ward das rote Seehundland später dänischer und englischer Besitz und zum Schluß für die kommende deutsche Flotte Stützpunkt und Bollwerk.

Ein gewaltiges Hämmern und Schürfen, ein Graben und Sprengen begann auf der stillen Insel, die unter englischer Herr- schaft lediglich Fischerdorf und Badeort gewesen war. Von der Süd- bis zur Nordspitze wurde die lange gegen England gelagerte Felsen- front auf das härteste armiert. Der ganze Felsen wurde ausgehöhlt, innen für Artilleriegeschütze hergerichtet und oben mit Geschützen schwerster Kalibers bestückt. Dreifach übereinander wurden Räume geschaffen. Alles im Felsgestein. Daneben wurden Kasernen und sonstige Anlagen gebaut. Gegen hunderttausend Millionen ver- schlang nach und nach das rote Land. In jähem Kampfe mit der See wurde dieser der Hafen abgetrennt.

Würrisch beobachteten die Helgoländer dieses Beginnen. Die Engländer hatten ihnen die Straßen gepflastert und einen geringen Zins erhoben, sich sonst aber wenig um sie gekümmert. Unter preussischer Herrschaft war das alles anders geworden. Ihre Selbst- verwaltung wurde eingeengt und das typische Beamtengehnisse begann. Sie waren nicht gut auf die neuen Herren zu sprechen. Trotz der großen Schuttmauer nicht, die zum Wohle der Insel gegen den Ansturm der brandenden und freibenden Wogen gebaut wurde. Ja, fast dieser Stein, und Zementwall wurde, da er nicht fertig geworden, zu einem schweren Verhängnis für die Inselaner. Er läßt mitten in der See auf und gefährdet an dieser Stelle so un- gewöhnlich die Insel um so härter.

Dann kam der Krieg. Helgoland war zum Vorposten in der Nordsee anzuweisen. Aufs neue begann die Reichsverteidigung zu schlingen und zu bauen, zu sammeln und zu besetzen. Helgoland wurde zu einer großen U-Boot-Station. In den tiefen Felsen- kamern lagerten umfangreiche Vorräte an Torpedos. Die Boote konnten hier ihren Munitionbedarf ergänzen. Große Hallen wurden ausgebaut und mit den modernsten Maschinen ausgestattet. Die Zivilbewohner aber wurden aufs Festland verpflanzt.

Und heute? England hat Deutschland bezwungen, ohne daß den roten Felsen bombardiert. Ein Paragraph im Friedens- vertrag ist dem Schicksal Helgolands gewidmet. Und dieser Para- graph ist radikal und unarmbrüstig. Im Frühjahr 1923 darf nichts mehr an das militärische Helgoland erinnern. Soweit die Forti- fikation in Frage kommt, darf wortwörtlich kein Stein auf dem anderen bleiben. Kasernen, Dänen, der Hof — alles muß ver- schwinden. Bereits heute sind vierzehnhundert Arbeiter tätig, die zum größten Teil vom Festland stammend, bei einem Stundenlohn von 6,30 M. haken, hämmern, sprengen oder sonstwie unter Auf- sicht der englischen Kommission tätig sind, um die gewaltigen An- lagen restlos aufzuheben zu machen.

Und die Helgoländer? Sie sind zufrieden! Sie freuen sich dieser Wäcker und wollen gern wieder das werden, was sie vor

dreißig Jahren waren: ein stiller Badeort für zahlungsfähige Fremde.

Freilich dem Renner der Insel bleibt ein schmerzlicher Eindruck nicht erspart. Die Bestimmungen des Friedensvertrages lassen leider gar keinen Schutz für die Fischerboote übrig. Der unter ge- waltigem Kraft- und Geldaufwand erbaute Hafen ist gleichfalls der Vernichtung bestimmt. An den U-Boot-Docks und den Rollen ist bereits der Anfang gemacht. Den Hafen hätten die Lloyd Ge- orge und Wilson ruhig vor diesem Schicksal verschonten dürfen. Bei starken Nordwestwinden ist der Schutz der deutschen Fischerei in den dortigen Gewässern gleich Null. Zahlreiche Fischerkata- strophen sind zu erwarten. Warum also die Durchführung einer für das wehrlose Deutschland so harten Maßregel? Nicht anders steht es mit den drei großen Kasernen. Auch diese müssen abge- brochen werden. Sollte es nicht möglich sein, diese zu erhalten und für Zwecke der Kindererholung nutzbar zu machen? Einflußreiche englische Kreise haben doch sonst bereits manches Gute für die schwergeprüften deutschen Kinder getan. Kindererholungsheime in gesunder Meeresluft fehlen uns. In ein- zelnen Fällen hat sich die englische Kommission im Einverständnis mit ihrer Regierung bereits entgegenkommend gezeigt. So dürfen ein Teil der Nordkasernen und einige gegenwärtig militärische Ge- bäude im Unterland bestehen bleiben. Letztere um für Zwecke der biologischen Anstalt verwendet zu werden. Dringend erwünscht wäre, daß auch in der Hafen- und Kasernenfrage noch ein günsti- geres Resultat erzielt würde.

Wie ich von maßgebender Stelle erfuhr, benehmen sich die Mit- glieder der englischen Kommission, die die Zerstörungsarbeiten überwacht, durchaus korrekt. Auch bei der Bevölkerung ist bisher keine Störung zu verzeichnen gewesen. Trotz der großen Demo- strationen nicht, die die dortige Arbeiterschaft in letzter Zeit Sonntags gegen einen neuen Krieg abhielt. Das Babelleben ist durch die häufigen Detonationen und das ganze Drum und Dran des Ab- baus nicht gerade ermutigt. Dennoch verzeichnet Helgoland eine verhältnismäßig gute Saison.

In einer Ecke des Oberlandes, nur wenige Schritte von den Kasernen steht ein kleines Häuschen: „Villa Hoffmann von Fallers- leben.“ Hier schrieb vor einundachtzig Jahren der freigeiliche, vom Preußenium verfolgte Breslauer Professor sein vielgelungenes Lied „Deutschland über alles“. Ein Jahr später wurde der Dichter seiner Professur für verlustig erklärt. Einmal irrte er durchs deutsche Land. Heute ist der, der dem volkstümlichen Liede einen mensch- licheitfeindlichen Sinn unterlegte, als diesem nun zu einem Ge- dächtnis gemorden. Und wie sein stolzes, aufgeschwemmtes militärisches System, so fällt sein Symbol, seine Helgoländer Kriegskation in Trümmer.

Diese Gedanken besetzten mich, als ich Helgoland verließ.

Goethes neuentdecktes Jugendwerk. Die Joseph-Dichtung, in der Prof. Viper in Hamburg Goethes verschollenes Jugendwerk er- lant haben will, ist nach seinen weiteren Mitteilungen bereits 1804 in seinen Besitz gelangt — allerdings in stark beschädigtem Zu- stande. Es hat also 28 Jahre gedauert, bis Goethe als Urheber in

Anspruch genommen wurde. Uebrigens ist sie kein Prosawerk, sondern in Versen (etwa 5000) geschrieben, und zwar in Alexan- drinern untermischt mit Ariem in mannigfachen Versmaßen. Nach Goethes Darstellung in „Dichtung und Wahrheit“ hat er aber schließlich zu einer prosaischen Bearbeitung gegriffen, da er mit der Versform nicht zufrieden war. Falls das etwa um 1784 angelegte Manuskript also wirklich auf Goethes Diktat beruht, wäre es nur eine Vorarbeit und die endgültige Fassung immer noch unentdeckt.

Nach den veröffentlichten Proben zu urteilen, ist die Dichtung für einen fünfzehnjährigen gewiß aller Ehren wert, aber doch mehr für die Goethephilologen, die auch seine Weinrechnungen herauszu- geben nicht verschmähen, als für die große Goethegemeinde von Bedeutung.

Darf man im Theater demonstrieren? Das kleine Theater hat, wie erinnerlich, gegen Dr. Paul Lerch, den Urheber der Päm- lungen in der Aufführung der „Pfarrhauskomödie“ Klage erhoben. Das Landgericht I hat nunmehr Dr. Lerch verurteilt, die wegen der abgebrochenen Vorstellung an die Theaterbesucher zurückgezahlten Eintrittsgelder dem kleinen Theater zu erstatten. In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, daß der einzelne Theaterbesucher nicht berechtigt ist, eine Theateraufführung zu verhindern, und daß das Verhalten des Dr. Lerch ein in Kulturländern nicht übliches sei und gegen die Pflichten des Jurchanten verstoßen habe. „Die Pfarrhauskomödie“ stelle keineswegs eine Beschimpfung der katholischen Kirche dar. Nicht der Pfarrerstand, sondern das Priesteramt sei eine Einrichtung der katholischen Kirche. Die Darstellung des Bruches des Keusch- heitsgelübdes drücke keine Mißachtung des Sölibats aus.

Byzantinismus im Alerium. Die Antike ist bekanntlich für viele das unbedingte Vorbild für alles. Ein Hund, der neuerdings in Norin ausgestellt wurde, beweist, daß im Bereiche der Schweif- wedel wir immerhin noch von ihr lernen können. Es ist eine vieredrige Herme mit dem Kopf des Herodes Atticus; dem Hund gegenüber lag ein Klotz mit der Aufschrift: „Hier ging Herodes spazieren.“ Schade, daß dieser Hund erst jetzt bekannt wird; manche Leute hätten sich gern dadurch zu einem Denkmal anregen lassen.

Ginkeln bleibt. Prof. Einkeil wird — wohl unter dem Eindruck der mannigfachen Vertrauensstundgebungen — seine Lehrtätigkeit in Berlin fortsetzen.

Vorträge. Am Lesing-Nachmittag spricht Donnerstag Eufame Traub- wein über Annette a. Droste-Hülshoff. Aus dem Besen der Dichterin registriert Gestraud Rube.

Theater. Das Theater i. d. Königsgräber Straße bereitet Goldonis Lustspiel „Mirandolina“ vor. Für die Theaterwelt in Vila Helms ge- wonnen. Nach im Laufe des Monats September folgt ein Opernabend von Georges Courteline mit Max Ballenberg und eine Neu- einstudierung von Weckelns „Erbsen“.

Ja, die Titel. Das bayerische Ministerium für Unterricht und Kultus hat 22 Mitgliedern des National-Theater-Vereins den Titel Kammerpräsident verliehen.

Der Wiener Schauspielerkreis. Der bisher auf vier Bühnen be- schränkt war, wird nun freitags auf drei weitere Theater ausgedehnt werden. Die Staatstheater und die Volkoper sind aber nicht freigegeben.

Groß-Berlin

Verstärkt die Transportkontrolle!

Die Kontrollkommission Berlin-Brandenburg hat bei den mitgeteilten Verschiebungen von Kriegsmaterial schon des öfteren verhindert, daß Transporte dieser Art ihren Bestimmungsort erreichten, und hat somit die Neutralität gewahrt, ohne daß sich Vorgänge wie in Erfurt daraus entwickelten.

Für diese Vorkommnisse trifft in erster Linie die Regierung sowie den Reichsverkehrsminister mit seinen erlassenen Verfügungen selbst die Schuld. Haben sie doch bisher den von der Arbeiterschaft gewünschten Kontrollen durch ihre eigenen Organe nicht stattgegeben und den ins Leben gerufenen Kommissionen ihre Anerkennung verweigert.

Die Neutralität kann nicht besser gewahrt werden, als durch Einrichtung eigener Kontrollstellen der Arbeiterschaft. Den Kontrollstellen der Regierung sowie den höheren Eisenbahnbeamten steht die Arbeiterschaft mit Richtigkeit gegenüber, da nach den bisherigen Erfahrungen keine Gewähr gegeben ist, daß Transporte von Kriegsmaterial nicht nach Polen befördert werden.

Darum verweist die Kommission Berlin-Brandenburg nochmals auf den Aufruf vom Sonntag, den 5. September, und fordert die Arbeiter, Beamten und Angestellten auf, sich in ihrer Kontrolltätigkeit durch nichts beirren zu lassen. Arbeiter, Beamte und Angestellte, die infolge ihrer Kontrolltätigkeit gemäßigelt oder gerichtlich bestraft werden, sind der moralischen und materiellen Unterstützung der Groß-Berliner Arbeiterschaft gewiß.

Arbeiter, Angestellte und Beamte, schützt die Neutralität!
Wahrt die Solidarität!

Die Kontrollkommission Berlin-Brandenburg.

Der neue Stadtsyndikus.

Der fünfundzwanzigjährige Wahlmannschuß der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung trat am Mittwochabend unter Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers Dr. Wehl zusammen, der die besonders geladenen Stadträte Dr. Lange-Neußölln und Stadtsyndikus Sembritzki-Charlottenburg einführte. Beide Herren hielten kurze Vorträge, worauf nochmals in die Beratung über die Wahl des Stadtsyndikus eingetreten wurde. Nach längerer Erörterung wurde Stadtrat Dr. Lange-Neußölln mit 14 Stimmen gegen 11, die auf Sembritzki entfielen, gewählt.

Alsdann wurden nochmals die Gehälter der Mitglieder des neuen Magistrats eingebracht und festgesetzt. Die Gehälter für den Oberbürgermeister und die Stadtverordneten blieben unverändert, d. h. der Oberbürgermeister soll 78 000 M. einschließlich der Teuerungszulage und die Stadtverordneten 30 000 M. einschließlich der Teuerungszulage erhalten. Der Bürgermeister soll nunmehr dasselbe Gehalt wie diese beziehen, das sind demnach 16 000 M. weniger als in einer früheren Sitzung beschlossen worden war. Die Stadträte sollen, wie schon früher beschlossen worden ist, 18 000 M. plus 50 Proz. Teuerungszulage, also 27 000 Mark erhalten. Diese Gehälter bedürfen noch der Zustimmung des Oberpräsidenten.

Darauf wurde in die Beratung über die Wahl des Stadtschulrats eingetreten. Man beschloß abermals nur einen Oberschulrat zu wählen. In Vorschlag gebracht wurden u. a. der Stadtschulrat Dr. Reimann-Berlin, der Stadtverordnete Dr. Kurt Löwenstein-Charlottenburg, ein Berliner Schuldirektor. Nach länger, eingehender Beratung, wurde wegen der vorgerückten Stunde die weitere Beratung vertagt, ohne daß es zu einer Abstimmung über die Wahl des Oberschulrats kam.

Die Beratungen sollen am nächsten Freitag fortgesetzt werden.

Das Licht der Heimat.

Von August Harks.

Da trafen sie einmal auf eine Herde Heidschnuden und Meta fragte: „Wem gehören sie wohl?“
„Dem Bockbauer!“ sagte Garm.
Meta blieb erschrocken stehen: „Auch das Land hier?“
„Ja“, sagte er, „an dieser Seite alles, bis ans Moor; und das gehört ihm auch noch mit.“
„Dah uns umkehren.“ Er sah, daß sie ganz blaß geworden war, da fragte er besorgt: „Bist du müde?“
„Nein“, sagte sie, „das ist es nicht.“
Sie ging sofort zurück. Da meinte er leichthin: „Na, er kommt hier das ganze Jahr bald kein einziges Mal her.“
Aber sie fragte leise: „Kannst du das nicht verstehen, Garm, daß ich hier nicht gehen kann?“
Etwas verlegen sagte er: „Ach so — ja — das ist wohl wahr.“

Sie wunderte sich im stillen, daß er das so leicht nahm, sagte aber nichts darüber.
Nach dieser Seite ging sie nie wieder auf die Heide. Im Sommer hatte sie viel draußen mit gearbeitet, aber im Winter konnte sie bald nicht mehr mit hinaus. Dann saßen sie die langen Abende hindurch zusammen am Feuer. Garm sah sie oft von der Seite an und fand, daß sie immer schöner wurde. Ein fräulicher Zug ließ sie jetzt viel weicher und lieblicher erscheinen und das Herde und Spröde war ganz von ihr gewichen.

Garm hatte immer eine Arbeit vor sich, aber Meta ließ oft die Hände in den Schoß sinken und träumte. Die tiefe Ruhe tat ihr wohl. In Gedanken durchlief sie ihr Leben und mitunter kam ihr die Frage: war sie nun eigentlich glücklich? Ja, das war sie. Sie sah nicht auf einem eigenen Besitz und hatte sie nicht einen Mann, der nur für sie lebte und arbeitete? Sie hatte ihn doch sehr lieb.

War das überhaupt nicht wie ein Märchen, daß sie beide hier so einsam, weit von aller Welt entfernt, zusammen am Feuer saßen? Sie schaute sich wahrhaftig nicht zurück. Auch, daß Garm so Schweigend war, gefiel ihr. Wenn der Wind in der Ecke rauschte und an Dach und Türen rüttelte, war es doppelt schön hier am Feuer. Und einsam — ach, einsam fühlte sie sich eigentlich nie. Sie hatte immer eine Liebe gehabt für allerhand Märchen und Geschichten, die fielen ihr jetzt wieder

Schulverwaltungsreformen im neuen Berlin.

Der Leiter des Volksschulwesens in Berlin, Stadtschulrat Dr. Fischer hat einen Plan für die Neuordnung des Groß-Berliner Schulwesens ausgearbeitet. Er schlägt u. a. vor, statt der bisherigen 18 im alten Berlin 17 Schulkreise neu zu bilden, die sich mit den Grenzen der geplanten Polizeireviere decken würden und die auf die alten historischen Stadtviertel sich erstrecken können, so daß in Zukunft sowohl Schulkreise und Polizeireviere nach den Stadtvierteln die sie umfassen; Wedding, Tiergarten, Friedrichshain usw. benannt werden.

Wann müssen die Waffen abgeliefert werden?

Die Zeit der freiwilligen und präaffreien Ablieferung erstreckt sich vom 15. September bis 1. November 1920.

Den inneren 17 Schulkreisen sollen sich vorläufig 18 äußere anschließen, so daß Groß-Berlin zunächst in 35 Schulkreise eingeteilt würde.

Dr. Fischer tritt dafür ein, daß jeder Verwaltungsbezirk einen Stadtschulrat erhält, demnach müssen 20 Stadtschulräte für Groß-Berlin gewählt werden. Den Oberschulräten müssen indes 5 Deputierten (Magistratschulräte) zur Seite gestellt werden, und zwar zwei für das Volks-, einer für das höhere, einer für das Fach- und Fortbildungsschulwesen und einer für die Jugendpflege.

Die Velleidung mit dem staatlichen Schulaufsichtsrecht hält Sch.-Rat Dr. Fischer für die Schulräte gleichfalls dringend erforderlich. Auch mit der vom Minister Haenisch schon vorgeschlagenen Ernennung der beiden Oberschulräte zu Mitgliedern des Provinz-Schulkollegiums ist Dr. F. einverstanden. Es werden also neue Instanzen durch diese Neuordnung nicht geschaffen, wohl aber die Geschäftsführung vereinfacht und erleichtert bzw. beschleunigt werden.

Gefährdung unserer Milchversorgung.

Der Magistrat meldet: Die Milchversorgung Groß-Berlins ist durch Vorgänge im brandenburgischen Kreise Königsberg i. Neumark empfindlich betroffen worden. Nicht weniger als etwa 3200 Kühe, das sind zwei Drittel der täglichen Vollmilchlieferungen aus diesem Kreise, sind gestohlen ausgeblieben. Dieses übereinstimmende Vorgehen der Milchlieferanten ist nach Mitteilungen aus dem Kreise auf einen Beschluß des Verbandes zur Wahrung der ländlichen Interessen des Kreises Königsberg zurückzuführen. Wie insbesondere von der Kreisverwaltung mitgeteilt wird im Kreise zu einem allgemein ländlichen Lieferstreik wegen der kommunikativen Neubehaltung des Landratsamts aufgerufen. Der Magistrat Berlin hat die staatlichen Behörden dringend um Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Milchlieferungen ersucht.

Öffentlich finden diese die Macht, dem gefährlichen Treiben der bäuerlichen Terroristen, die genau wie die Kabinallisten von links, nicht vor dem Tode zahlloser Säuglinge zurückweichen, wenn es gilt, ihren Schädel durchzusetzen. Einhalt zu gebieten.

Fleischfundenliste.

Die Fleischfundenliste ist aufgehoben, nur die Rundenliste besteht noch. Einst wird kommen der Tag, da auch sie birst. Und dann wird ein großes Wandern beginnen. Man wird sich erinnern, wie peinlich der angestammte Fleischer im Kriege das letzte bißchen Fett von der Ration weggeschnitten hat, ohne daß es in der Zwangsangabe wieder auftaucht. Man wird den festlichen Glanzschmuck des Labens am Geburtstag der Frau Meisterin vor sich sehen, und die längst zur Gewißheit gewordenen Vermutungen werden wieder auftauchen, woher und wofür diese Liebesgaben gekommen waren. Und es wird ein großes Wandern einsetzen. Denn von dem anderen Fleischer hat man es nicht an sich selbst erfahren —, daß er es genau so gemacht hat.

Der Leichenfund am Freibad Wannsee.

Zur Aufklärung des Verbrechens und zur Ermittlung des Täters ist vor allem wichtig, die Herkunft der Hüllen der beiden Pakete festzustellen. Es haben sich schon eine ganze Anzahl Leute bei der Kriminalpolizei gemeldet, die Männer mit Horndon gesehen haben. Es handelt sich aber hier, wie nochmals hervorgehoben werden soll, nicht um eigentliche Pappkartons. Das Papier, in das die Leichenteile eingepackt waren, ist von Papierfabriksverhältnissen bereits herbeigeführt, wird aber noch genauer untersucht werden. Es ist eine Packung, wie sie zu Ueberseeversendungen verwendet wird. Nach der Beschaffenheit der vorhandenen Körperteile muß an der Stelle, an der der Kopf verpackt wurde, harter Blut geflossen und also auch wieder befestigt worden sein. Auch hierauf ist bei den Fingerringen, die das Publikum der Kriminalpolizei geben kann, zu achten. Ebenso auch auf Brandgeruch beim Verbrennen der Leichenteile.

Die Vernehmungen, die bisher schon in großer Zahl stattfanden, haben noch keinen Inhalt geliefert, auch nicht die Ermittlungen über Personen, die als vermisst schon gemeldet waren aber jetzt erst gemeldet wurden.

Der Obduktion der Leichenteile, die Mittwoch nachmittag von den Gerichtsärzten Prof. Dr. Strauch und Medizinalrat Dr. Stoermer ausgeführt wurde, ging eine Königin-aufnahme des Sachverständigen Dr. Zudi voraus. Die Kantenbeleuchtung des Kopfes zeigte zwar keine Anhaltspunkte für die Todesursache, doch ergab sich schon hierbei, daß die ermordete Person große Zahnklücken im Munde hatte. So liegen im Oberkiefer die Vorderzähne vollständig. Daran kann geschlossen werden, daß es sich schon um eine ältere Person handelt. Am rechten Unterkiefer fand man einen kranken Zahn, der seinem Besitzer heftige Zahnschmerzen verursacht haben muß. Auch die Obduktion gab keine sicheren Anhaltspunkte dafür, ob es sich um eine männliche oder weibliche Person handelt. Geringsfügige Merkmale lassen auf eine weibliche Person schließen. Die Leichenteile selbst und auch der Mageninhalt bekräftigen, daß das Verbrechen erst wenige Tage oder sogar nur Stunden vor seiner Entdeckung verübt worden ist. Auffällig war die Entdeckung, daß der Zwölffingerdarm mit einer Schnur abgebunden ist. Es hat dies der Täter getan, um den Ausfluß des Mageninhalts zu verhindern. Scharfe Einschnitte an der Angel des Oberschenkels zeigen, daß der Täter sich bei der Befragung der Leiche eines scharfen Messers bedient hat. Knochen an den in den Paketen enthaltenen Fleischstücken wurden als Schulterblätter erkannt. Sie zeigen, daß der Täter auch den Kumpfen in einzelne Teile zerlegt hat.

Für die weltliche Schule! Das Kollegium der 208. Gemeindefschule (Gesundbrunnen, Götzenburger Str.) entschied sich in amtl. Konvention mit neun von vierzehn Stimmen für die weltliche Schule und wandte sich an den Elternbeirat mit der Bitte, bei event. Eröffnung einer weltlichen Bezirksschule auf dem Gesundbrunnen hierzu die 208. Gemeindefschule in Aussicht zu nehmen. — Der Elternbeirat will dem Wunsche des Kollegiums gern nachkommen und entsprechende Schritte unternehmen.

Eine öffentliche Musikstunde für ältere Herren (über 35 Jahre) veranstaltet der Arbeiterturnverein „Freie Turnerschaft Berlin“ am Sonnabend in Reutlingen, Turnhalle Köpenick 55. Kellere Genossen, welche ihren Körper gelentig und jung erhalten wollen, sowie die Altersturnerinnen Groß-Berlins sind als Gäste sehr willkommen. Schenken werden leichte Uebungen am Barren, Pferd, Bod, sowie Freilübungen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Rudolf Wölfe, der Begründer des „Berliner Tageblatt“ und des Verlags Rudolf Wölfe, ist gestern auf seinem Gut Schenkenberg im Alter von 77 Jahren verstorben. Der tote kam als junger Handlungsgehilfe nach Berlin, gründete in der Jerusalemstraße eine Annoncenexpedition, die erste ihrer Art in Berlin, und 1871 das „Berliner Tageblatt“. Ein von ihm gestiftetes Kindererholungsheim befindet sich in Schwanenpark.

Verstrickungen beim Staatlichen Leihamt (Jägerstr. 64). Die vierteljährlichen Verstrickungen beginnen am 13. und endigen am 16. d. M. Zur Vereinfachung für das laufende Publikum werden von jetzt ab sämtliche verfallenen Pfänder nur noch in der Jägerstraße 64 versteigert.

Der Männerchor „Nichte-Georgia“ veranstaltet Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Berliner Lustgarten ein öffentliches Konzert.

Ein. Sie wußte sie aus und dachte weiter und konnte so, die Hände im Schoß, stundenlang dastehen mit einem leisen Lächeln und träumen.

Aber Garm etwas davon erzählen — nein, das brachte sie nicht fertig. Einmal im Herbst, an einem milden Abend, war sie mit ihm draußen gewesen. Da hatte sich das Abendrot in den Fenstern ihres Hauses gezeichnet, daß es mit der diden Strohdachmühle und den rotglühenden kleinen Scheiben sonderbar heimelig im Abend stand, ganz zusammengegedrückt unter dem großen dunkeln Baum. Da hing sie sich in seinen Arm und sagte: „Sieh nur, wie schön!“ „Was ist?“ fragte er und sah sich um. „Sieh nur die Fenster an.“ Ganz verzückt stand sie, er aber meinte: „Ja, etwas größer hätten sie wohl sein können.“ „Ach, das mein ich ja nicht. Siehst du nicht, wie das leuchtet, als wärs der Frau Solle ihr Badofen?“ Da mußte er lachen. „Das macht das Abendrot, hoffentlich bringt's keinen Regen, ich muß morgen den ganzen Tag mähen!“

Und wenn sie sich über die feinen weißen Nebel freute, die so luftig und zart und still in der Dämmerung über die Heide zogen, und wohl einmal von Elen und schönen Feen dabei sprach, sagte Garm ganz vernünftig: „Was du aber für Gedanken hast, Meta!“

Nein, dafür hatte er keinen Sinn, für Geschichten. Schade, dachte sie. Sie hätte so gern ein wenig geschwärmt. Aber wenn das Kind da wäre, das sie erwartete — dem wollte sie all diese Dinge erzählen — ganz heimlich. Ja — das Kind! Darauf hoffte sie nun.

Sie fühlte, irgend etwas fehlte noch zwischen ihr und Garm — irgend etwas — das Kind!

Ob das auch so sein würde wie Garm? Ein Klein wenig lustiger durfte es schon werden. Sie versuchte, sich Garm einmal mit fröhlichen, lachenden Augen vorzustellen, aber dann wurde es ein ganz anderes Gesicht, das sie ansah — dann wars plötzlich der Bockbauer. Kergerlich furchte sie die Stirn, warum fiel ihr der immer wieder ein? Nein, so sollte es nicht werden, so nicht!

Zimmer noch bäumte sich ihr Stolz, dagegen auf und dann wünschte sie, daß auch Garm etwas stolzer und herrischer sein möchte. Dem sollte er nicht nachsehen.

Als der Schnee geschmolzen war und Garm die ersten Arbeiten draußen beginnen konnte, mußte sie sich legen. Es war eine Vorfrühlingsnacht, hell von dem herben Geruch der Erde, die nach Fräulein und Stürmen den Regen erwartete. Als Meta nach schwerem Kampf und todähnlichem Ver-

finken die Augen wieder aufschlug, stand die Wehmutter vor ihr und sagte: „Es ist ein Junge!“

Da kam auch Garm, von Angst und Sorge gequält, und beugte sich erschüttert über sie. Sie tastete nach seiner Hand und sah ihn warm und gläubig an. Er sah lange an ihrem Weib und sah auf das winzige Wesen, das an ihrer Brust lag. Sein Kind — er konnte es nur sämmer fassen und hätte nicht gewagt, es zu berühren. Langsam erit wuchs ein ungeheurer Glücksgefühl in seiner Brust. Meta sah es an seinem Gesicht und wartete drauf, was er sagen würde, aber dann fielen die Augen wieder zu.

Ritter und Kind lagen in gesundem Schlaf, da stas Garm leise auf und ging hinaus. Nein, in Worten konnte den Jubel, der ihn ganz erfüllte, nicht äußern. Er überließ sein Land, das in hellem Mondkchein lag — es gab viel zu tun für ihn, wenn er alles bestellen wollte. Aber jetzt, nun er Frau und Kind hatte, mit welcher Lust wollte er für sie arbeiten.

Und plötzlich kam ihm der Gedanke, du mußt noch mehr tun als bisher, noch ein neues Stück Heide urbar machen. Leise schlich er in den Stall, holte den Spaten und fing an zu graben, um einen neuen Acker abzugraben. Wie hätte er jetzt schlafen sollen? Wächtig kloß es ihm von der Hand, und als der Morgen kam, hatte er schon ein tüchtiges Stück Heide herumgeworfen.

So überroll war sein Herz.

Der Sommer färbte die Heide rot und das Korn wogte in latten, gelben Wellen in der warmen Luft.

Meta richtete sich im Garten von der Erde auf und lauschte auf die seine Stimme, die sie gebieterisch an ihre Pflicht gemahnte. Da ließ sie die Arbeit liegen und nahm ihr Kind auf den Arm.

Unter einem breitblättrigen Apfelbaum hatte Garm eine Bank geschnitten, da sah sie im Schatten, öffnete das Kleid und gab ihrem Kinde die volle Brust.

Wie sie da saß, an den Stamm zurückgelehnt, über sich den grünen Baum mit seinen Früchten behangend, ein wenig müde, die gebräunten Arme sorgend um das Kind gelegt, das in ruhigen Blüten trank, die Augen träumend in die Ferne gerichtet — schön und gesund, in williger Singabe an ihre Mutterpflicht, war sie ein Bild der Erde selbst, der Erde — ewig schaffend, während aus heiligem Quoll, ewig schön und bei aller Erfüllung doch ewige Träume bergend in ver-schlackten Fernen.

(Fortf. folgt.)

Zwei Millionen für Wohnlauben.

Der Berliner Magistrat hat mit dem Wohnungsverband des Reichs einen Vertrag über die Errichtung von 200 Wohnlauben abgeschlossen, die nachweise auf 6 bis 30 Jahre an Pacht gegen eine jährliche Pacht von 500 Mark abzugeben werden sollen und zwar unter der Bedingung, daß sie eine andere Wohnung dann abgeben.

Der Wohnungsverband beabsichtigt zunächst für 30 Wohnlauben bis zu 5000 Mark für den Ausbau zur Verfügung zu stellen. Die Kosten der einzelnen Wohnlaube sind bei vollständiger Ausbesserung auf etwa 24000 M. veranschlagt. Der Leberungsvertrag dürfte sich auf rund 14000 M. belaufen, so daß nur 10000 M. als Rest verbleiben. Für diesen Preis können Reflektionen eine Wohnlaube gegen eine Anzahlung von 2000 Mark erhalten. Es würde also bei 200 Wohnlauben ein Rest von 1,6 Millionen Mark verbleiben. Der Magistrat zieht es aber vor, die Wohnlauben auf 30 Jahre zu verpachten. In jeder Wohnlaube soll ein Gärtchen bis zu 400 Quadratmeter Größe mitterpachtet werden. Als geeignet für die Errichtung solcher Wohnlauben ist die Jungfernhöhe in Vorschlag gebracht worden.

Die neuen und die alten Briefmarken. Bekanntlich gibt die Postverwaltung die Pfenningwerte der Postbriefmarken aus drucktechnischen Gründen und mit Rücksicht auf Bestimmungen des Reichsgesetzes in neuen Farben aus. Da die Farben der neuen Marken teilweise den Farben bisher anderwertiger Marken gleichen (z. B. die rote 40-Pf.-Marke der bisherigen 10-Pf.-Marke), mußte zur Vermeidung von Verwechslungen und zur Sichtung von Verkehrserschwerungen vor der Herausgabe auf den möglichsten Ausmaß der Marken bisheriger Art Bedacht genommen werden. Daraus hat sich an Orten mit größerem Verkehr teilweise ein Mangel an häufig gebrauchten Marken ergeben, obwohl die Dienststellen angewiesen sind, Ungleichheiten in den Beständen unter sich durch Austausch auszugleichen. Mit der Herausgabe der neuen Marken, die in ausreichenden Mengen fertiggestellt sind, ist bereits begonnen, sie wird in den nächsten Tagen in umfassender Weise durchgeführt, so daß die hervorgehobenen Schwierigkeiten, die bei dem Uebergang zu den neuen Postwertzeichen leider nicht zu vermeiden waren, bald behoben sein werden. Die Marken der bisherigen Arten bleiben vorläufig weiterhin gültig. Die noch vorhandenen Vorräte müssen nach der neuen Ausgabe aufgebraucht werden.

Die Stadtbibliothek wird wegen ihres bevorstehenden Umzuges im Bürgerhaus am 14. September, abends 9 Uhr, auf etwa 6 Wochen schließen. In dieser Zeit können keine Bücher verliehen werden. Der Lesesaal bleibt bis auf weitere Anordnung geschlossen. In ihm wird eine Stelle eingerichtet werden, die vom 15. September ab werktäglich von 1—3 Uhr geöffnet sein wird, um die bis zum 14. September verliehenen Bücher anzunehmen.

Ein Kinderstreich wurde Mittwoch im Schöneberger Stadtteil entdeckt. Dort wurde im Reich die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden, das, wie Bürgernamen am Hals deutlich erkennen lassen, erstöblt worden ist. Die kleine Leiche, die nach der Leichenhalle in Schönberg gebracht wurde, war in schmutzige Leinwand und Papierreste eingepackt.

Das Apollo-Theater hat in seinem neuen Programm dem Wunderbaren und dem Aussonstigen einen breiten Raum eingeräumt. Da ist Herr Eric Jan Dänneberg, der Detektiv, der ein lustiges Leben durch den Zuschauerraum veranstaltet und seine kriminalistischen Aufgaben nicht unerhört spielen läßt. Mit Hilfe einer Wandschere erbeutet er die verschiedensten Verbrechen, um sie furchtbar und abenteuerlich, aber nur angenommenen Verbrechens, überführen zu können. Die Räuber sind vertreten durch Chung, Lila-Hoo und den Schweden Tegethoff. Ein außerordentlich hübscher Sänger ist Adler-Ridi, während Madame Lauré und ihre Partner in einer hübsch inspirierten Musikalischen Szene die eigene Balanzier-Akte vorführen. Vorzüglich in seiner Fertigkeit und vollkommenen Eleganz ist der Drabikler der 4 Götter. Außerdem wären noch die Kraft-Equilibristen Carras zu erwähnen, die mit erstklassigen akrobatischen Produktionen verdienten Beifall finden.

Das Programm der Elite-Sänger (Am Kolbfischer See) findet durch das tolle und elegante Auftreten der Darsteller allabendlich lebhaften Beifall. Da auch die Preise der Plätze nicht all zu hoch bemessen sind, ist es auch bei weniger Bemittelten möglich, sich einen genügenden Abend zu verschaffen. Erwähnen wollen wir: Ferd. Posch (Pompelmann als Großvater-Komiker), Franz Pander, ein Schenkelänger aus dem Mittelalter, und John Wollen, der sich als Damentänzer vorzüglich zeigt. Als humorvoll zeigte sich auch Schorsch, der es in seiner hübschen Rundart versteht, das Publikum zu fesseln. Auch Max Horst, unter dessen Regie die Elite-Sänger auftreten, spielte seine Rolle als Herzog Karl August von Weimar und als Johann Sanders ausgezeichnet.

Charlottenburger Sprachkurse. An der kaufmännischen Schule in Charlottenburg werden Anfang Oktober neue Sprachkurse für Spanisch, Russisch, Englisch und Französisch eröffnet. Junge Leute, die bereits Vorkenntnisse in diesen fremden Sprachen besitzen, können in die Mittel- und Oberstufe aufgenommen werden. Das Schulgeld beträgt für das Halbjahr 10 Mark. Anmeldungen werden schon jetzt in der Schule Ballstraße 75, von 8 bis 1 Uhr täglich, Dienstags und Freitags von 6 bis 8 Uhr, entgegengenommen.

Ein Neuaufschwung hat in Neu-Alt in wieder einmal schweres Unheil angebracht. Am Sonntag verweilte auf dem Landenland an der Voss- und Darger Straße der Stadtschreiber Friedl, der in Neu-Alt, Pflaster 131, wohnt und als kommunizierender Gemeindevorsteher für Busow bestellt ist. Er hantierte mit einem Revolver, wobei vier Schüsse durch den Raum gingen und ein Schuß den auf der Straße vorbeikomenden Fabrikanten Leidolph, Pflaster 58, in den Unterleib traf. Ein Freund Leidolphs stürzte auf dem Landenland nach dem Schützen und stellte Friedl zur Rede, dieser aber beteuerte zunächst, nicht geschossen zu haben. Erst als ihm die Tat auf den Kopf zugelegt wurde, gab er den Revolver heraus und behauptete nun, er habe in die des Landenland abgrenzende Mauer geschossen. Die Schüsse sind durch den auf dem Lande der Wohnung stehenden Baum gegangen, woraus es sich erklärt, daß Leidolph von unten her angeschossen wurde. Er hätte seinen neben ihm gehenden kleinen Sohn eben auf den Arm genommen das Kind ist vielleicht nur dadurch der Gefahr entkommen, erschossen zu werden. Friedl wurde durch Sicherheitskomitee zur Polizeiwache geführt. Leidolph liegt mit einer bedenklichen Verletzung daheim.

Die Kaufmännische Waldholzungskasse Königsheide wird bereits am 28. September d. J. für den Besuch geschlossen, da eine Weitererhaltung des Betriebes in den Wintermonaten nicht erfolge. Die unannehme Mitteilung der letzten Tage hat zwar die Mitglieder merklich beeinträchtigt, jedoch besteht immerhin die Tatsache, daß sich die Einrichtung insbesondere während der großen Ferien nicht über alle Erwartungen hinausgehenden Zuspruch erfreute. So war es teilweise nicht möglich, die vorliegenden Meldungen sämtlich zu berücksichtigen.

Wiedereröffnung des Weltpanorama-Kunstsaal. Mit Beendigung der großen Ferien hat auch das Weltpanorama der Stadt Königsheide, Kaiser-Friedrich-Straße 8, seine Pforten dem allgemeinen Besuch wieder geöffnet. Zahlreiche Kunstwerke werden dort zu sehen sein, die Schönheiten unserer engeren und weiteren Heimat, die sie im Laufe des Sommers vielleicht aus eigener Anschauung kennen lernten, nochmals im Bilde in getreuer Wiedergabe zu schauen. Der planmäßige Besuch des Instituts durch die Kaufmännische Schulkinder hat bereits begonnen. Für Ermäßigungen hat sich in der Zeit von 8—9 Uhr nachmittags Besuchsmöglichkeit. Der Eintrittspreis beträgt: 0,30 M., für Kinder 0,10 M.

Treptow. Eine Elternversammlung für alle Gemeindefschulen findet heute, 7 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Berlin-Treptow, Neustädtler-Allee, statt. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht über die Fortschritte durch den „Vereinsrat“. Die Versammlung beginnt um 6 Uhr zur Beschlusfassung in Sachen „Witte-Schütt“.

Wiedereröffnung der kommunalen Tätigkeit der Friedrichshagener Knackhändler. Eine Erklärung der trotz ihrer Kampfanlage vor acht Tagen in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 8. September wieder erschienenen Gemeindevorsteher der U. S. B. betont kurz die Notwendigkeit, die Interessen der Wähler wahrzunehmen. Eine abschließende Erklärung des bekannten Streitkolles — siehe unseren letzten Bericht — bezweckt auch folgender neuer Dringlichkeitsantrag unserer S. V. D.-Reaktion: „Die Gemeindevertretung nimmt davon Kenntnis, daß das Strafverfahren gegen den Schöffen Kawrocki durch den Amnestieerlass aufgehoben und der Beschluß vom 11. Juni hierdurch gegenstandslos geworden ist; der Beschluß gilt dadurch als aufgehoben“. Das Wörtchen „dadurch“ im letzten Satze vertritt die Unabhängigen, sie stimmten deshalb auch nicht für den Antrag, der mit großer Mehrheit angenommen wurde. Die keine Vertimmung ändert natürlich nichts an der vollständigen Wiedereröffnung der kommunalen Tätigkeit der Unabhängigen. Hoffentlich tritt nunmehr trotz aller Schwierigkeiten ein freundschaftliches Zusammenwirken beider sozialistischen Parteien in allen die Arbeiterklasse betreffenden Fragen und in allen Kulturangelegenheiten ein. Die Vorstandssitzung in der letzten Sitzung beschloß Gemeindevorsteher Kawrocki mit folgenden Worten: „Geen Vorfälle im Publikaum, die in der letzten Sitzung passierten, sage ich noch nachträglich härtesten Protest ein. Von einzelnen Rednern sind auch schwere Beleidigungen durch scharfe Schimpfwörter zuerlassen worden. Wenn ich gegen die Ausschreitungen nicht sofort Front gemacht habe, so liegt es daran, daß ich mir infolge des großen Tumults kein Gehör verschaffen konnte. Ich fühle mich veranlaßt, das teilweise Benehmen der betreffenden Redner nachträglich ernsthaft zu rügen. Ich hoffe, daß ein solcher Fall nicht wieder eintritt; ich möchte sonst zu meinem größten Bedauern Maßnahmen treffen. Ich gedenke mich für die nächste Vorlesung ein für allemal zu verabschieden“. Den Elternbeiträgen der Gemeindefschulen, des Pensions- und des Gymnasiums werden je 200 M. als Monatsbeitrag für die nächsten Monate zur Verfügung gestellt. Dem Leiter der Fortbildungsschulen wird ab 1. April ein Gehalt von 1200 M. bewilligt. Für Veranlassungen der Schulen (Ausgaben) werden bewilligt: Der beiden Volksschulen je 1500 M., dem Gymnasium 1000 M. und dem Pensionat 600 M. Der Uebernahme des Pensions durch die Gemeinde ab 1. April 1920 hat laut des Provinzial-Schulkollegiums nach Erfüllung verschiedener Bedingungen endgültig zugestimmt. Die Gemeindevertretung hat durch die Uebernahme notwendig gewordenen Beschlüsse. — Auf ein Schreiben der Eisenbahndirektion, die etwaige Neubestimmungen der Eisenbahnstationen innerhalb des neuen Groß-Berlins feststellen, wurde beschlossen, daß es unbedeutend bei der Bezeichnung Friedrichshagen und Hirschgarten für die beiden Bahnhöfe der Gemeinde zu bleiben hätte. — Dem Betriebsrat der Gemeinde werden einmütig 150 M. als Aufwandsentschädigung im Sinne des § 33 des Betriebsrätegesetzes bewilligt. Für die öffentliche Bibliothek der Gemeinde sollen nach Fertigstellung Räume im Dachstuhl der Turnhalle bereitgestellt werden. — Auf Antrag der S. V. D. wird für das Winterhalbjahr der Kunstausstellung ein Zuschuß von 2000 M. bewilligt. Ein Teil davon soll den Künstlern die Teilnahme an den künstlerischen Veranstaltungen ermöglichen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Nichtbera. Paragrafen 509 E. J. G. K. S. bis 11. September für 1/2 Pfund Auslandsbrot.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 9. September:

Essentielle Versammlung der S. V. D. und Reichs- und Staatsbeamten 7 1/2 Uhr in der Aula des Dortheimhägerischen Gymnasiums, Dortheimstr. 13. Thema: Was gibt in Deutschland vor. Referent: Genosse Postleitetör Max Gronefeld. — Um jährliches Erscheinen wird gebeten. Angehörige sind mitzubringen.

Der Vollzeitschul-Verbandsrat Groß-Berlin. Jungvolkalltägliche Versammlung (S. V. D.) Ortsgruppe Friedrichshagen, 7 1/2 Uhr bei Schulz, Friedrichshagen, Ode-Indemalder: Mitglieder-Versammlung. — Ortsgruppe Schöneberg, 7 1/2 Uhr in der Saugemeinschaft (Kantinenraum), Auf der Höhe 14. Thema: „Geschichte der Menschheit“. — Ortsgruppe Treptow, 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Olfersstr. 34: Gründungsversammlung. — Die Ortsgruppe Reinickendorf teilt sich an der Gruppenversammlung des Bahnbereichs in der Aula der Oberschule, Olfersstr. 34.

Nichtbera. 7 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung, 1. Viertel: Tagesordnung, Anwesenheitsliste, 2. Viertel: Sachfrage, Referent: Genosse Postleitetör Max Gronefeld. 3. Viertel: Tagesordnung, Referent: Genosse Postleitetör Max Gronefeld.

Nichtbera. 7 1/2 Uhr: Elternversammlung im Realgymnasium, Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Referat: „Politische Tagesfragen“, Referent: Genosse Postleitetör Max Gronefeld.

Nichtbera. 7 1/2 Uhr: Monatsversammlung, 1. Viertel: Monatsbericht, 2. Viertel: Tagesordnung, 3. Viertel: Tagesordnung, Referent: Genosse Postleitetör Max Gronefeld.

Morgen, 10. September:

Arbeitsgruppe Sabot. 7 Uhr: Funktionärskonferenz im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147. Vortrag des Genossen Koblentz über: „Kommunale Fragen“. Die Abteilungsleiter der Gruppe Sabot werden ersucht, die Legitimationen für die Kreisvertreterkonferenz in Empfang zu nehmen.

Bantow. 7 1/2 Uhr: Vorstandssitzung Florstr. 73, bei Koriowitsch.

33.—36. und 41.—45. Abt. Arbeitsgruppe Geländebrennen-Kontrollen (Vorläuf). Sammelnde Genossen, die gemäß sind, einem neu zu gründenden „Gemeinschafts-Bezirk“, werden ersucht, ihre Adresse beim Genossen Max Kohn, Hufschmiedstr. 34, vorzulegen, mitzuteilen.

Aus aller Welt.

Das süddeutsche Hochwasser.

Jan und Salzach haben in Wählbör. Wasserburg und anderen Orten schweren Schaden angerichtet. Die Bahndämme sind vielfach unterbrochen. Ganze Dörfer und Stadtteile stehen unter Wasser. In Wählbör und Erding wurden Häuser fortgerissen, wobei auch Menschenleben zu beklagen sind. Auch Lech, Isar und Iller sind weiter gestiegen. Die Eisenbahn Augsburg—Ingolstadt ist unterbrochen. Die Flur mit ihren Nebenflüssen führt gewaltiges Hochwasser; der in ihrem Flußgebiet angerichtete Schaden geht in die Millionen. Die Salzach überschwemmte die Salzburger Vororte Rottthal und Lehen. Aus dem Uberschwemmungsgebiet von Pinzgau bis Eberndorf wurden vielfach Viehdiebstähle, Straßen- und Dammruine sowie Störungen im Eisenbahnbetrieb gemeldet. Der Schaden ist enorm. Der Regen faucht noch leicht an. Spä abends wird gemeldet: Die starken Regengüsse im Gebirge und die drückenden Wolkenbrüche auf der bayerischen Hochebene haben aufgehört. Der Oberlauf der Isar, des Lech und der Inn sind im Abnehmen. Im Unterlauf der Flüsse und in der Donau dauert das katastrophale Hochwasser fort.

Der Skandal von Nept.

Die Zustände in der Frauenstrafanstalt von Nept beschäftigen die Öffentlichkeit und das Parlament in der Tagespost. Eine Untersuchungskommission hat folgende ermittelt:

Das Anstaltsgebäude ist Eigentum des Klosters der Warmherzigen Schwestern und vom Staat nur gemietet, der für jeden weiblichen Sträfling 4 Kronen täglich zahlt und dem Orden gestattet die Arbeitskraft aller Sträflinge auszunutzen. Die Sträflinge werden meistens zu landwirtschaftlichen Arbeiten verwendet, dafür aber nur spärlich entlohnt. Die Nonnen leben sehr gut, während die Sträflinge eine elende Kost haben. Der Anstaltsarzt kommt fast täglich gewöhnlich erst jeden zweiten Tag, so daß manche Kranke 48 Stunden auf den Anstaltsarzt warten müssen. Beim Besuch der jugendlichen Sträflinge im Alter von 14 bis 18 Jahren wurde festgestellt, daß die Arbeitszeit 9 Stunden währt. Ein Teil wird mit der Anfertigung von Rosenkränzen, ein anderer mit Gartenarbeiten beschäftigt. In diesem Kloster werden als Disziplinarstrafe Zwangsarbeiten, dann die sogenannte „Korrektion“ und eiserne Fesseln angewendet. Die „Korrektion“ besteht darin, daß Sträflinge in feuchten und kalten Kellerkellern selbst bis auf die Dauer von 30 Tagen untergebracht werden. Eine Frau erzählte, daß sie auf den Verdacht hin, zu einem Mann Beziehungen unterhalten zu haben, in diesen Keller gekommen sei, und zwar auf 30 Tage mit allen Jugenden, das ist am ersten Tag früh Wasser und Brot, mittags die elende Anstaltskost, abends wieder Wasser und Brot. Am nächsten Tage wird das nahe der Decke angebrachte Fenster mit Brettern vernagelt und der Sträfling, der also vollkommen im Dunkeln bleiben muß, erhält überhaupt keine Nahrung. Das wiederholt sich abwechselnd während der ganzen 30 Tage. Das Lager besteht in allen „Korrekturen“ in einer sogenannten Britsche, nämlich Brettern ohne Koppolster. Nur eine elende Decke wird dem Sträfling gegeben. Von der Dunkelheit und Feuchtigkeit haben die Eingekerkerten ganz wunde und triefende Augen.

Die Kommission entdeckte in einem Kellergefängnis eine Frau, die angeschmiegt war. Sie hatte schwere eiserne Fesseln an den Füßen, die mit einer kurzen Kette neben der Britsche in der Mauer befestigt waren. Als sie gefragt wurde, warum sie in die Korrektur gekommen sei und warum ihr die Fesseln angelegt wurden, antwortete sie: „Wir haben es hier nicht aushalten können und unternahm einen Fluchtversuch. Deshalb kam ich hierher.“ Sie hat, daß ihr wenigstens die Fesseln abgenommen werden, die sie schon seit 14 Tagen und Nacht an den Füßen habe. Die Füße waren schon ganz geschwollen und sie litt unter großen Schmerzen. In diesem mittelalterlichen Gefängnis fehlen die einfachsten Sicherheitsvorkehrungen. Es gibt keine elektrische Glocke, auf den Gängen ist kein Wächter eingerichtet.

Munitionsexplosion. Im Laboratorium des Artillerieabteils bei Marienfelde Wilhelmshaven entstand beim Entschärfen von 15-Zentimeter-Granaten Feuer. Das Laboratorium brannte vollständig nieder. Von 50 Arbeitern ist der größte Teil getötet. Bis her wurden 20 Verletzte gezählt. 5 Feuerwehreinheiten wurden bemißt. Abends dauerte das Feuer noch an.

Munitionsdiebstahl bei München. In der letzten Zeit sind aus der Munitionsfabrik Schleißheim bei München große Mengen Munition verschwunden. Es wurde festgestellt, daß die Munitionshäuser 11, 14 und 81 erbrochen waren. Der das Lager umgebende Zaun war teilweise zerstört. Aus dem Lagerkuppen 14 fehlen etwa 10000 scharfe Revolverpatronen. Die Schuppen 11 und 81 enthalten Raflampsmittel und Artilleriemunition. Es sind auch große Mengen Maschinengewehrpatronen und Infanteriegewehrpatronen gestohlen worden.

Der Poststempel als Werber. Seit einigen Tagen stempelt das Hauptpostamt Wien die Briefe mit einem Maschinenstempel, der für das Kinderhilfswerk wirbt. Neben dem Tagesstempel steht da auffallend: „Hilf Österreichs Kindern! Amerikanische Kinderhilfeaktion, Wien, Elisabethstraße Nr. 9“, und dann folgt einem Stempelabdruck derselbe Text in englischer Sprache mit der Adresse in New York. In Amerika hat man seit langem für alle möglichen Zwecke mit dem Poststempel gearbeitet, so auch für Krieg und Kriegsanleihe. Zu Weihnachten 1919 führten dort Briefe den Poststempelabdruck: „Bekämpfe die Tuberkulose mit den Weihnachtsstempelmarken des Roten Kreuzes“. Schweizer Briefe zeigen sehr häufig wechselnd derartige Stempel, die zuletzt in deutscher und französischer Sprache lauten: „Postagio part Roten und Bargeld!“ Briefe aus Tschechien tragen jetzt auch oft den Stempelabdruck, den Kindern zu helfen.

In der deutschösterreichischen Wehrmacht müssen nach einer Verordnung des Heeresamtes die Angehörigen des Heeres, die Offiziere, Unteroffiziere und Wehrmänner außer Dienst mit „Herr“ angesprochen werden. Im Dienste werden die Heeresangehörigen bis zur Herausgabe der neuen Dienstvorschriften nach den bisherigen Bestimmungen angesprochen, nämlich mit der Charakterschreibung. Alle Zivillangestellten der Heeresverwaltung und das Kanzlei- und Personal sind in und außer Dienst mit „Herr“, „Frau“ und „Fräulein“ anzusprechen.

Sport.

Nennen zu Karlsdorf. 1. Preis von Hohenheim, 16000 Mark. Distanz 1400 Meter. 1. Königin der Nacht (Hollenbagen), 2. Wächter (Herbert), 3. Trommelklang (Wobli), Ferner lesen: Centrifugal (4), Genesius, Sierra, Penlon, Bulmo, Döberitz, Federnelle, Badst, Rarodius (Hohengebl). Toto: Sieg 36:10, Platz 20:12, 40:10. — 2. Kamillar-Nennen, 22000 Mark. Distanz 2000 Meter. 1. Trumpf (Polgar), 2. Der Rott (Harmemann), 3. Bergkoll (Hollenbagen). Ferner lesen: Kolob (4), Hambani, Garalot. Toto: Sieg 42:10, Platz 24:10. — 3. Preis der Röhrlings-Kuktion. Distanz 27000 Mark. Distanz 1200 Meter. 1. Loh (Hollenbagen), 2. Wirt (Hohengebl), 3. Himmels (D. Schmidt). Ferner lesen: Käbli (4), Hedinger, Enob (Hohengebl). Toto: Sieg 18:10, Platz 15:10, 30:10. — 4. Reuenbagen: Ausgela. 22000 Mark. Distanz 1600 Meter. 1. Gub (Hollenbagen), 2. Südtiroler (Tarras), 3. Moth (D. Müller). Ferner lesen: Neus (4), Eterna, Korob, Vetter Heller, Emanuel, Distanz. Toto: Sieg 59:10, Platz 19, 18, 21:10. — 5. Distanz 45000 Mark. Distanz 3000 Meter. 1. Galata (Polgar), 2. Veritas (Kölper), 3. Eleganz (Kölper). Ferner lesen: Gontz (4), Dneba, Propetin, Barbar. Toto: Sieg 30:10, Platz 12, 11, 14:10. 6. Laudon-Nennen, 16000 Mark. Distanz 1000 Meter. 1. Ragnone (D. Schmidt), 2. Sinn-Rein (Harmemann), 3. Gammeln (Polgar). Ferner lesen: Leonie (4), Belgrade, Halbmond, Karal, Duz, Kreuze, Sonntag. Toto: Sieg 26:10, Platz 11, 11, 12:10. — 7. Schleuderhaken-Nennen, 27000 Mark. Distanz 1600 Meter. 1. Baumwart (H. Reiff), 2. Duz (D. Müller), 3. Amos (D. Schmidt). Ferner lesen: Sultan (4), Glühst. Toto: Sieg 20:10, Platz 12, 17:10.

Kartell der freien Sportvereinigungen.

Kartell. Sonntag, 10. September: Abreise durch Alt-Berlin durch Herrn Dr. Brändle. Abreise bis 13 direkt an Hauptbahnhof 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Zeitliche Wetter, etwas milder, im Osten noch leichte Regengüsse, sonst vorwiegend trocken bei mäßigen Westwinden.

Die amerikanischen Milchflühe.

Eine Erklärung des Roten Kreuzes.

Zu der Angelegenheit der 100 000 Milchflühe, die Deutschland von amerikanischen Menschenfreunden angeboten wurden, deren Abnahme aber angeblich wegen Transport-schwierigkeiten usw. nicht erfolgen kann, sendet uns das Rote Kreuz eine längere Erklärung. Danach hat das Rote Kreuz der Reichsregierung am 2. August ein Telegramm vorgelegt, das es beabsichtige, in der Milchflühfrage an die Dairn Cattle Co. in Chicago zu senden. Das Telegramm hatte den folgenden Inhalt:

Deutsches Rotes Kreuz ist willens, seine Verbindungen in enger Zusammenarbeit mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zur Verfügung der American Dairn Cattle Co. zu stellen. Wir sind gern bereit, sofort die Frucht- und die Befreiungsangelegenheiten in die Hand zu nehmen und in irgendeiner anderen Weise zu helfen, die nötig ist, um eine schnelle Lösung der Frage des Problems herbeizuführen.

Der Reichsernährungsminister nahm zu diesem Telegramm Stellung und erklärte dem Rote Kreuz telegraphisch, daß er diese drohliche Mitteilung nach Amerika nicht billige und das Rote Kreuz ersuche, in der Angelegenheit des Transportes der Milchflühe nichts zu unternehmen. Bevor diese Ablehnung des Reichsernährungsministeriums eintraf, hat sich das Rote Kreuz umgehend nach Schiffsraum erkundigt und war innerhalb kurzer Zeit in der Lage, ein Angebot zu erhalten, zu etwa 2700 Mark pro Kub. Hieron hat das Rote Kreuz der Reichsregierung umgehend Mitteilung gemacht.

Das Verhalten der Reichsregierung erscheint nach dieser Darstellung äußerst bestreulich und bedarf dringend der Aufklärung.

Mitteldeutsche Kanalwünsche.

Der Kampf um die Linienführung des Mittellandkanals.

Amlich wird gemeldet: Gestern vormittag empfing der Reichskanzler im Beisein des Reichsverkehrsministers die Wirklichen Geheimen Räte Boden, Koch und Ministerialdirektor Wügel, die namens der Regierungen von Anhalt, Braunschweig, Bremen, Oldenburg, Sachsen und Thüringen die Wünsche bezüglich der Frage der Fortführung des Mittellandkanals vortrugen. Sie boten die Reichsregierung, die Kanalfrage als eine Sache des Reiches zu betrachten und schon vor Uebernahme der Wasserstraßen auf das Reich die Vorarbeiten und Planungen für die Fortführung und Vollendung des Mittellandkanals in Angriff zu nehmen und dabei den gesamten deutschen volkswirtschaftlichen Interessen und insbesondere der Bedeutung des mitteldeutschen Industriegebiets durch Berücksichtigung der Vorschläge für eine südliche Linienführung mit Anschluß an Bernburg-Leipzig Rechnung zu tragen. Der Reichsverkehrsminister bestimmte unter Billigung des Reichskanzlers, daß die Reichsregierung frei in ihren Entschlüssen sei und unvoreingenommen und objektiv an die Prüfung der Projekte herangehen werde. Die Angelegenheit soll nach Möglichkeit beschleunigt werden.

(Das letztere scheint uns das wichtigste. Der wirkliche Bau jeder Linie, welche es auch sei, ist weit mühsamer als der nicht endende Interessenkampf um die beste Linienführung, der jede Ausführung immer wieder verzögert!)

Das schlemmende Hakenkreuz.

Ueber die Schlemmereien in dem „judenreinen“ Nordseebad Vorkum haben wir schon berichtet. Ein Redakteur unseres Mannheimer Parteiorgans hat eine Studienfahrt in dies „Paradies der Arier“ unternommen und schildert seine Beobachtungen in der „Volksstimme“, aus denen wir folgendes zitieren:

Es ist so: Die Antisemiten und Monarchisten betraden diese Insel als „ihre“ Eigentum. Und sie leben nicht schlecht dort; es gibt einfach dort alles! Butter, Fleisch, Milch, Juter, Eier, Kuchen, Weißbrot usw. in Hülle und Fülle. Wenn wir vom Idealismus zehren, die Leute dort leben vom guten Weißbrot. Man lemt auf dieser Insel weder etwas von Zwangswirtschaft noch von Brotmarken man weiß borten nicht einmal, daß Krieg gemeint ist. Es gibt auf Vorkum aber noch mehr: einen „Offiziersbund der Kurghäse auf Vorkum“, einen „Bund deutschnational gestuarter Kurghäse“ und einen „Jugendbund deutschnationaler Kurghäse“. Das Hakenkreuz des „Schw.- und Kurghändnisses“ ist das Vereinsabzeichen.

Nach eine „Ausregung“ durfte ich auf Vorkum mitreihen. Die Insel hat für Kinder und Kranke — 200 Liter Milch zu beanspruchen, aber 2500 Liter wurden von Embden bzw. dessen Hinterland angeliefert. Eines schönen Tages zogen die bösen Sozialdemokraten von Embden auf einen Werk irgendeines Unsihtbaren von Vorkum auf das Milchschiff und holten die überflüssigen 2300 Liter Milch herunter. Tagtäglich wurde nun kontrolliert, daß die Vorkumer ja ihre 200 Liter Milch täglich erhielten. Warum sollten die Kurghäse von Vorkum nicht auch das Recht haben, auf die Sozialdemokraten und Juden zu schimpfen?

Der Galtener Professor Abderhalden hat es als schlimmstes Verbrechen bezeichnet, den Kindern und Kranken die knappe Milch zu entziehen, die ihnen ausschließlich zukomme. Die Hakenkreuzler auf Vorkum haben ihr rechtmäßiges Milchquantum ohne Gewissenhafte der z wölft. Die 2300 Liter Milch, die sie täglich verschlemmten, bedeutete den sicheren Tod von mindestens ebensovielen Kranken und Säuglingen. Aber deren trauernde Angehörigen mögen sich trösten: die Milch, die die Verstorbenen gereicht hätte, ist von ganz raffineren Pa... Pa... Patrioten getrunken worden!

Das Anwerbungsverbot.

Wie das Reichsministerium es aufsaßt.

Uns wird geschrieben: Nach den Kampftagen wurde jedes Anwerben von Freiwilligen für irgendwelche Formationen von der Reichsregierung verboten und mit strengen Strafen bedroht.

Am 23. April d. J. wurde nun in Ronneburg vom Staatsministerium Sachsen-Anhalt ein Werber, ein Sergeant namens Schramm festgenommen, der versucht hatte, in Ronneburg zu werben. Man fand bei diesem Mann 26 Blankoausweise A und 26 Blanko-Erlaubnisbescheine zum Lösen von Militärabteilungen. Die Scheine waren unterschrieben „von Schulenburg, Oberleutnant und Komp.-Führer“ und gestempelt „Freikorps von Reifel, Stabskompanie“.

Sif Leute waren bereits in Ronneburg gemorben und das Staatsministerium Sachsen-Anhalt berichtet den Vorgang an den Reichswehrminister Dr. Schler.

Schramm hatte den Auftrag, zu werben, von dem Btl. Brandenburg in Münster i. Westf. erhalten und setzte sich nach seiner Inhaftierung telegraphisch mit seinem Bataillon in Verbindung. Die Versuche des Bataillons und des Bezirkskommandos 6. dem Btl. Brandenburg unterstellt war. Schramm frei zu bekommen, blieben wegen der korrekten Haltung des Staatsministeriums Sachsen-Anhalt erfolglos. Man wollte den Mann nicht eher freilassen, bis der Reichswehrminister den Fall entschieden habe.

Und die Entscheidung fiel! An das Staatsministerium, Abteilung des Innern, wurde am 18. Juli d. J. folgender Brief geschickt:

Reichswehrministerium
Herausleitung
Allgemeines Truppenamt
Nr. 121. 7. 20. 2. 1. III.

Zum vorigen Schreiben I. J. vom 1. 7. 20 wird mitgeteilt, daß die Untersuchungen keine Anhaltspunkte für strafbare Handlungen des Btl. Brandenburg bzw. des Sergeanten Schramm ergeben hat. Das Btl. hat am 10. 4. den Sergt. Schramm mit Vornahme nichtöffentlicher Werbungen beauftragt. Er war hierzu berechtigt, da seine Auflösung erst zum 1. 5. angeordnet war.

J. A.: gez. von Schleicher.

Einem Truppenteil, der am 1. Mai aufgelöst werden soll, wird vom Reichswehrministerium das Recht zugesprochen, am 19. April nach anzuwerben zu dürfen! So sorgt das Reichswehrministerium für die Durchführung einer Reichsordnung!

Berechtigte Klagen.

Ein Mitarbeiter des „Temps“ führt in seinem Blatte Klage über die Ausbeutung der Ausländer in Deutschland durch die sogenannten Valutaanschläge. Er erzählt daß z. B. im Münchener Residenz-Theater der Logendirektor (ausgerechnet) die Vorgeizung seines Passes von ihm verlangte, und er als Franzose fünfzig Mark Ausschlag für seinen Sitz nachträglich zahlen mußte.

Der „Temps“-Mitarbeiter sagt „Repressionen“ an und teilt mit, daß die französische Regierung bereits diesen Weg beschritten habe als Antwort auf die Ausbeutung der Deutschlandreisenden durch die deutschen Konsularbehörden. Die deutsche Regierung verlange fünfundsiebzig Franken für ein Passbuch, während ein solches in Frankreich bisher nur zehn Franken kostete. Jetzt hat die französische Regierung ihrerseits den Bismarckpreis entsprechend erhöht.

Bei der französischen Abneigung gegen die Deutschen, denen noch immer die Einreise nur ausnahmeweise und auf ganz kurze Zeit gestattet wird, werden allerdings bei diesem System weit mehr Franzosen geschädigt als Deutsche. Aber darauf kommt es nicht an. Wichtiger ist die Tatsache, daß Deutschland durch solche Praktiken in einen noch schlechteren Ruf im Ausland kommt, als es leider bereits steht. Das Argument der schlechten Valuta und des „Ausverkauf“ wäre nur dann stichhaltig, wenn die Ausschläge der Staatskasse zugeführt und der Bekung des Wohles der Gesamtheit dienen würden. Wie gestalten sich aber die Dinge in der Praxis? Die einzigen Nutznießer dieses Systems sind in der Hauptsache die Besitzer großer Hotels, Theaterdirektoren, Luxuswarenhandler und dgl. Dem Volk aber wird dadurch in keiner Weise geholfen. Die paar Tausend Mark, die durch Konsularbehörden für Passbücher und dgl. mehr erhoben werden, machen das Kraut unserer Reichsfinanzen auch nicht viel fetter.

Es liegt ferner eine grobe Ungerechtigkeit darin, daß der Italiener und der Franzose, deren Geld nur etwas mehr als den doppelten bzw. dreifachen Wert des ungerigen besitzt, dieselben Ausschläge zahlen müssen, wie der Holländer, der Schweizer oder der Amerikaner mit elf- und zwölffacher Valuta.

Vor allem müßte im Interesse des Ansehens des deutschen Volkes allem energisch entgegengetreten werden, was in dieser Hinsicht geradezu einer gemeinen Vorehre gleichkommt. So wurde uns von einem italienischen Zeitungskorrespondenten seinerzeit erzählt, und inzwischen von anderer Seite bestätigt, daß am Scher der Bahnhöfe (also reichsdeutschen) Bahnhöfen in Baiern den Ausländern für eine Fahrkarte zweiter Klasse nach Berlin achtundert Mark oberlangt werden. (Der richtige Preis ist etwa 250 M.) Das ist ein Verhalten, das übrigens bereits zu einer Beschwerde auf diplomatischem Wege geführt und einen unserer Reichstagsauschüsse beschäftigt hat.

Kohlenzwang und Oberschlesien.

Neue deutsche Note.

Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Friedenskonferenz folgende Note überreicht:

Unter rücksichtslosen Eingriffen in die Versorgung der deutschen Kohlenverbraucher hat die deutsche Regierung alles daran gesetzt, um die in Spa übernommenen Kohlenlieferungsverpflichtungen zu erfüllen. Ihre Bemühungen waren bisher mit Erfolg gekrönt. Die täglichen Liefermengen des Monats August lassen erhoffen, daß das Lieferungsziel in diesem Monat erreicht werden wird.

Die deutsche Regierung hält sich jedoch für verpflichtet, die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen mit allem Nachdruck darauf zu lenken, daß ihr die Erfüllung der von ihr eingegangenen Verpflichtungen unmöglich gemacht wird, wenn die Kohlenproduktion, die ihr zur Zeit der Verhandlungen von Spa zur Verfügung stand, eine Einschränkung erfährt. Diese Einschränkung ist durch die

immer enger werdende Lage in Oberschlesien

eingetreten. Während die mit den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen vor kurzem in Oberschlesien geführten Verhandlungen volles Verständnis der Bergarbeiter für die überaus schwierige Lage Deutschlands und ihre Bereitwilligkeit erkennen ließen, durch Mehrarbeit die ober-schlesische Kohlenförderung zu steigern, haben die augenblicklichen Vorgänge in Schesien bewirkt, daß im Gegenteil die

Kohlenproduktion erschreckend gesunken

ist und daß von dem Deutschland belassenen Anteil an der ober-schlesischen Kohlenförderung nur noch verschwindende Mengen nach Deutschland gelangen. Ein Ersatz dieser Mengen durch eine weitere Kürzung der Inlandversorgung ist nicht möglich. Der deutschen Regierung ist durch den Friedensvertrag jede Möglichkeit genommen, für eine Beseitigung der Ursache des Rückganges der ober-schlesischen Steinkohlenförderung Sorge zu tragen. Sie richtet daher an die verbündeten Regierungen nochmals die dringende Bitte, unverzüglich die in den deutschen Noten vom 21. und 25. August geforderten Maßnahmen zu ergreifen.

Nach neuesten telegraphischen Meldungen soll die Interalliierte Kommission die Kohlenlieferungen aus Oberschlesien überhaupt gesperrt haben.

Wie die deutsche Delegation in Spa darzulegen und die dortige Konferenz durch Lloyd George und Delacroy ausdrücklich anerkannt hat, ist die Ausführung des Kohlenabkommens vom 18. Juni d. J. abhängig von einer ausreichenden Belieferung Deutschlands mit ober-schlesischer Kohle.

Frankreich ist übrigens nach eigenen amtlichen Angaben zurzeit genügend mit Steinkohlen eingedeckt.

„Los von Korsanty!“

Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ warnt eindringlich vor dem Glauben, durch Nacht und Bluff Oberschlesien beruhigen zu können. Er mahnt bei aller Blaufärbung polnischer Schandthaten die deutschen Arbeiter, sich nicht von den deutschen Nationalisten mißbrauchen zu lassen, und sieht das Mittel zur friedlichen Lösung ausschließlich in einer gemeinsamen Parole der deutschen und polnischen Arbeiter: „Los von Korsanty!“

Standrecht in Deutschböhmen!

Prag, 8. September. (WB). Die Regierung beschloß, zur Bekämpfung der schumglerischen Ausfuhr notwendiger Gegenstände für alle Grenzbezirke das Standrecht zu verhängen.

Sobald das Standrecht wirklich nur gegen Schmuggler angewendet wird — über Karpatenrußland soll z. B. viel Kriegsmaterial nach Polen gehen, wie über die Slowakei nach Horitz-Ungarn — wäre das zur Rot begreiflich. Den sanatisierten Legionären in den deutschen Randgebieten aber das Standrecht in die Hand geben, kann höchst gefährlich sein.

Die deutsch-böhmische Sozialdemokratie.

Vor dem Karlsbader Parteitag.

Die deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei hält Anfang Oktober in Karlsbad ihren Parteitag ab, auf dem es voraussichtlich zu heftigen Richtungskämpfen kommen wird. Die Kreisergebnisse von Reichenberg, die unter dem Einfluß der äußersten Linken steht, hat ein Aktionsprogramm ausgearbeitet, das sie auf dem Weg über die Kreisversammlung an den Parteitag gelangen lassen will. Dieser Programmentwurf segelt ganz im bolschewistischen Fahrwasser, scheint jedoch schon etwas älteren Datums zu sein, da er u. a. behauptet:

Die bisherigen Erfahrungen, besonders die Erfahrungen der großen russischen Revolution, haben als die zweckentsprechende Form des proletarischen Staates das Rätesystem erkennen lassen. Im proletarischen Staate werden an die Stelle der bürgerlichen Regierungen und Parlamente die Arbeiterräte treten.

Zu den Verfassern des Entwurfs ist also die sonst schon allgemein verbreitete Erkenntnis, daß es in Rußland ein Rätesystem als Organ des proletarischen Selbstbestimmungsrechts nicht gibt, noch nicht vorgedrungen, mögen sie sich von Dittmann darüber ein Privatissimum lesen lassen. Selbstverständlich spricht sich der Entwurf auch für den Anschluß an die Dritte Internationale aus.

Das Hauptorgan der kommunistischen Bestrebungen in Deutschböhmen, der Reichenberger „Vorwärts“, sagt in einem Leitartikel, die Gruppe der Linken in der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei werde mit allen Mitteln daraufhinarbeiten, daß sich der Parteitag der Dritten Internationale anschließt. Mit den Unabhängigen Deutschlands ist der „Vorwärts“ endgültig fertig; die sind in seinen Augen jetzt auch schon Verräter an den Grundfragen der revolutionären Arbeiterschaft.

Jene deutschböhmischen Genossen, die eine Mittellinie zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Auffassungen zu finden hofften, stehen also nun auch am Ende ihres Lateins. Eine klare Entscheidung ist unvermeidlich; der politisch geschulte Sinn der deutschböhmischen Arbeiterschaft rechtfertigt die Erwartung, daß sie zugunsten der alten sozialdemokratischen Grundfrage ausfallen wird.

Die Schande Europas.

In Budapest geht jetzt die Justizkomödie gegen eine Anzahl Rätesfunktionäre zu Ende. Angeklagte und Verteidiger wurden vom Vorsitzenden, dem Ankläger und dem Publikum um die Wette beschimpft.

Die nach Wien geflüchteten Kommunisten und Sozialdemokraten haben Unterstützungsgelder für die Tausende Inhaftierter gesammelt und einem der Verteidiger, Dr. Michael Ragg, zukommen lassen. Ragg gab jedem Verteidiger zehntausend Kronen. Nun wurde vor einigen Tagen der Vore, der die Korrespondenz zwischen den in Wien lebenden Emigranten und Dr. Ragg vermittelte, von ungarischen Detektiven beim Bestiegen des Schiffes in Budapest verhaftet. Man fand bei ihm mehrere Briefe. Der Verhaftete, ein Angestellter der Schiffahrtsgesellschaft, namens Stefan Ratonel, wurde zur Polizei geführt und nach fünf-tägigen suchbaren Postern legte Ratonel das Geständnis ab, daß unter den Briefen ein Brief an den früheren Volksbeauftragten Sigmund Kuntz, ein anderer an den früheren Wiener Konsul Wilhelm Böhm bestimmt war. Beide Briefe habe er von Dr. Ragg erhalten. Seit diesem Tage ist auch Dr. Ragg spurlos verschwunden. Diese Angelegenheit beruht nun der Oberstaatsanwaltsvertreter Dr. Ugel, der auch unter der Räteministerialamt hat, zu einer neuen Hege gegen unsere heimliche Verteidiger. Besondere verwachten sich die Verteidiger gegen die Injurien des Staatsanwalts, auch der Vorsitzende nahm gegen die Verteidiger Stellung, so daß die Verteidiger sich gezwungen sahen, die Verteidigung niederzuliegen.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats soll nach einer 11. Meldung erstmalig nach den Ferien zum Dienstag, den 31. September d. J., einberufen werden. An wichtigen Beratungsgegenständen liegen dem Ausschuss bis jetzt vor: 1. Bericht der Sozialisierungskommission über die Neugestaltung der Kohlenwirtschaft; 2. Anträge auf völlige Aufhebung der Ausfuhrabgaben bzw. der gesamten Außenhandelskontrolle; 3. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für Außenhandelspolitik; 4. Der Aufbau der Wirtschaftsorganisation gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung; 5. Die finanzielle Notlage der produktiven Stände bzw. Maßnahme zu deren Behebung.

Wilde Justiz. Wegen Beleidigung des früheren württembergischen Innenministers, Genossen Heilmann, hatte sich vor der Strafkammer Stuttgart die bouernbündlerische „Schwäbische Tageszeitung“ zu verantworten. Der angeklagte Redakteur Körner entschuldigte sich damit, daß er in dem Artikel, der den Minister u. a. schamlos passives Verhalten gegenüber Demonstranten vorwarf, nur die schädlichen Einflüsse des Judentums hätte kennzeichnen wollen und erging sich in antisemitischen Ausführungen aller Art. Das Gericht erkannte auf 200 M. Geldstrafe, nachdem der Staatsanwalt 500 M. beantragt hatte. — Unter dem alten Regime wurde die Beleidigung von Ministern nicht so milde geahndet.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeitslosenversammlungen.

Die am 20. August im Lustgarten abgehaltene Massenversammlung der Arbeitslosen hatte eine Reihe von Forderungen beschlossen, die sofort dem Oberbürgermeister Wermuth vorgelegt und mit ihm besprochen wurden. Bald darauf fand eine Verhandlung von Vertretern der Regierung, der Gewerkschaftsfürsorge und der Arbeitslosen statt. Neben dem Ergebnis dieser Verhandlungen wurde den Arbeitslosen am Mittwoch nachmittags Bericht erstattet in fünf vom Arbeitslosenrat einberufenen Versammlungen.

Hinsichtlich der ersten Forderung: „Beschaffung von Arbeitsgelegenheit“ wurde versichert, daß sie soweit wie möglich erfüllt werden solle, allzu große Hoffnungen dürfe aber darauf nicht gesetzt werden, weil ja die Regierung nicht die Möglichkeit habe, auf die Unternehmer, die ihre Betriebe schließen, einen Druck auszuüben. Die zweite Forderung: „Einmalige Beihilfe von 500 M. an alle länger als sechs Wochen Arbeitslose“ wurde dahin erledigt, daß den über acht Wochen Erwerbslosen, die verheiratet sind, 200 M. a conto der zu gewährenden einmaligen Beihilfe gezahlt werden. Die geforderte Beschickung der Männer und Frauen in der Erwerbslosenunterstützung wurde mit dem Hinweis auf die ungleichen Löhne beider Geschlechter als unerfüllbar erklärt. Die Forderung: „Unentgeltliche Lieferung von Lebensmitteln, Bereitstellung von Winterkleidung und Heizmaterial“ wurde den Gemeinden überwiesen. Die Forderung: „Erhöhung der Renten auf die Höhe der Erwerbslosenunterstützung sowie die Festlegung der letzteren auf das vom Statistischen Amt ermittelte Existenzminimum“ ist als unerfüllbar bezeichnet worden.

Die überfallige Versammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses nahm den Bericht mit lebhafter Unzufriedenheit entgegen, weil von den Forderungen der Arbeitslosen soviel wie nichts erfüllt worden ist. Ein Metallarbeiter, der als Mitglied einer von einer Anzahl Metallarbeiterversammlungen gewählten Kommission mit dem Reichsarbeitsminister über Beschaffung von Arbeitsgelegenheit verhandelt hat, teilte mit, daß der Minister in dieser Hinsicht den Arbeitslosen gar keine Hoffnung machen konnte, sondern sogar in Aussicht gestellt habe, daß im Winter viele Betriebe wegen Rohstoffmangels werden schließen müssen.

Nach langer Diskussion sah die Versammlung folgende Beschlüsse:

Es wird gefordert, daß die Beschaffungsbeihilfe jedem länger als vier Wochen Arbeitslosen gewährt wird, ohne Unterschied ob er ledig oder verheiratet ist.

Personen, die neben ihrer Berufsarbeit noch ein Geschäft betreiben, sollen sofort entlassen werden.

Die Arbeiter sollen die Munitionsfabrikation in Wittenau sofort unterbinden.

Die Versammlung unterstützt die Forderungen der gewesenen politischen Inhaftierten und Gefangenen auf Wiedereinstellung in Arbeit, Entschädigung für die erlittene Haft, Erlass der Gerichts- und Freiheitskosten, Freilassung der etwa noch Inhaftierten, Befreiung der Beamten, welche Befragungen mitgehört haben, Einlegung eines Verlangensersatzes.

Der Arbeitslosenrat soll sich mit den Gewerkschaften und Parteien wegen Lösung des Arbeitslosenproblems in Verbindung setzen.

Der Reichsarbeitsvertrag für das Bankgewerbe.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Bekanntlich hat das Reichsarbeitsministerium einen Schiedsspruch über einen Reichsarbeitsvertrag für das Bankgewerbe gefällt. Da die Zentralverbände des Bankgewerbes diesen Schiedsspruch in seinem vollen Umfange bisher nicht angenommen haben, fanden kürzlich auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums neue Verhandlungen über die seitens der Parteien gestellten Bedingungen statt. Mangels einer Einigung empfahlen die drei unparteiischen Schiedsrichter, Ministerialrat Dr. Stiller, Vizepräsident Dr. Vicker und Reichsgerichtsrat Geiler, eine Vereinbarung, die die Annahme des Schiedspruches mit einigen Änderungen unter Berücksichtigung der weitergehenden Forderungen

vorsteht. Diese Änderungen betreffen hauptsächlich die Haushaltungszulage, die Feuerungszulage für weibliche Angestellte und die Vergütung für Ueberstunden, die nunmehr nach festen Sätzen bemessen werden soll. Die Parteien sollen sich bis zum 20. September über die Annahme dieses Vorschlages erklären. Es darf erwartet werden, daß eine Einigung auf dieser Grundlage zustande kommt und damit der seitens der Angestellten seit langem angelegte Bedauke des Reichsarbeitsvertrages endlich verwirklicht wird.

Eine Mahnung an die Eltern.

Nach der gegenwärtigen Schulentslassung werden zweifellos wiederum eine große Anzahl junger Menschen der Tätigkeit in Bureau, Kontor oder Verkaufsbüro zugeführt werden. Wenn die Eltern an den Abschluss von Lehrverträgen herangehen, so dürfte die Mahnung am Platze sein, nicht übereilt zu handeln und nicht die Unterschrift zu Bestimmungen zu geben, die schließlich schon durch Tarifverträge günstiger geregelt sind. Ziehe daher jeder Erfindungsbereite über Gehalt, Arbeitsbedingungen usw. ein, der Zentralverband der Angestellten gibt bereitwillig Auskunft über alles. Und wenn sich später in den neuen Verträgen das Verlangen regt, irgendwelchen Vereinen beitreten zu wollen, so ist es wieder eine Pflicht der Eltern, darauf zu achten, welche Einflüsse sich dabei geltend machen. Häufig werden Arbeiter oder leitende Angestellte für Vereine, die den Interessen der Arbeiter und Angestellten direkt entgegenarbeiten. Als freie Gewerkschaft kommt nur der Zentralverband der Angestellten in Betracht, der in seiner Jugendabteilung dafür sorgt, daß die Rechte seiner Mitglieder gewahrt bleiben und auch die Bedürfnisse nach Bildung, Unterhaltung, Spiel und Wandern befriedigt werden. Hier bietet sich eine Stätte, wo die Jugend ohne Gefahr für ihr geistiges und körperliches Wohl ihre freie Zeit verbringen kann. Darum, Eltern, zeigt Euren Kindern die richtige Bahn!

Mitlung, S. V. D. Betriebsräte! Freitag 5 Uhr findet in den Ruffersälen Kaiser-Wilhelm-Str., eine Versammlung der S. V. D. Betriebsräte der Metallindustrie statt. Tagesordnung: Stellungnahme zum Kongress. Der Fraktionsvorstand.

Internationale Sympathie.

Rom, 8. September. Die „Giornale d'Italia“ vernimmt, haben die gewerkschaftlichen Organisationen Englands den italienischen Allgemeinen Arbeiterbund um Kundhaft gebrühen über die Bedeutung der italienischen Metallarbeiterbewegung. Wie sie erklärten, hätten sie die Absicht, die italienischen Arbeiter zu unterstützen, damit diese den Sieg erzwingen könnten.

Fünf Wochen ohne Straßenbahn.

Hannover ist jetzt seit fünf Wochen ohne Straßenbahn, weil die Straßenbahner streiken. Vom deutschen Transportarbeiterverband wird der „Dona“ nunmehr mitgeteilt: Die neuerliche Abstimmung unter den streikenden Straßenbahnern ergab folgendes Resultat: Abgegebene Stimmen 2182, für das Schiedsgericht 1174, für den Streik 988 unglücklich 23 Stimmen. Es ist also Aussicht vorhanden, daß der Streik in Kürze beigelegt werden wird.

Arbeiteraussperrung in Brüssel.

Die Brüsseler Blätter melden, haben die Emailfabriken von Gosselies ihre Arbeiter ausgesperrt, weil diese mit der vorgeschlagenen Lohnsteigerung nicht zustimmen wollten. Die Aussperrung umfaßt mehr als 1500 Arbeiter.

Zentralverband der Angestellten. Dessen ständige Versammlung der Angestellten in laumännlichen und Bureauarbeitenden Donnerstag, den 9. September 1920, abends 7 1/2 Uhr, in der Brauerei Königshardt, Schönbauer Allee 9/11. Tagesordnung: Klassenkampf oder Wirtschaftskrisis? Ref.: Paul Lange. — Sachgruppe 46. (Krankentafel.) Sitzung der Vertrauensleute und Betriebsratsleute, 9. September, nachmittags 4 Uhr, im Schulthei, Eduard-Schmidt- und Neue Jakobstraße. — Sachgruppe 6 b. (Abtransporteure.) Mitgliederversammlung, 9. Sep-

tember, abends 7 Uhr, Restaurant Schrum, Charlottenstr. 7. — Sachgruppe 10, II. d. o. I. h. (Konfektion.) Mitgliederversammlung, 9. September, abends 7 Uhr, Verbandslokal, Roter Saal, Belle-Alliancestr. 7/10. — Sachgruppe 12. (Angestellten- und Arbeitervereine des Kohlenbergbaus und der Kohlenwirtschaftsverbände.) Mitgliederversammlung, 9. September, abends 7 1/2 Uhr, Sophienstraße, Sophienstr. 17/18. — Sachgruppe 13 o. (Beramannsongern und Abträge.) Mitgliederversammlung, 9. September, abends 7 Uhr, Löwenbräuerlei, Kochstr. 2. — Sachgruppe 17, IIa. (Büroangestellte.) Mitgliederversammlung, 9. September, abends 7 1/2 Uhr, Verbandslokal, Blauer Saal, Belle-Alliance-Str. 7/10. — Sachgruppe 17, I. (Kontingentschafts-Angestellte.) Die für Donnerstag, den 9. September, anberaumte Mitgliederversammlung ist verlegt. Termin wird noch angegeben.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Vertrauensleute aus dem Buchhandel. Am Freitag, den 10. September, abends 7 Uhr: Wichtige Sitzung bei Wiemer, Bälowstraße 58.

Verband der Fahrtenarbeiter, Funktionäre der chemischen Industrie. Montag, den 13. September, abends 6 Uhr, in der Schulama, Dresdener Straße 113: Funktionäreversammlung, Mitgliederbuch und Funktionärelegitimiert! Zutritt haben nur Mitglieder der freien Gewerkschaften.

Parteinachrichten.

Erfreuliche Entwicklung.

Die Entwicklung des Bezirksverbandes Pommern zeigt seit der Durchführung des § 2 des Statuts und der Gliederung in Unterbezirke eine Stabilität der Organisation. Vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1919 sind 217 150 Wochenbeiträge für Männer und 59 765 für Frauen umgelegt worden. Am Schluß des Jahres 1919 hatten wir im Bezirk rund 27 000 zahlende Mitglieder. Den Listen nach waren es rund 31 000, jedoch sind die säumigen Mitglieder nicht mitgezählt. In dem erwähnten Vierteljahr wurden 2122 Kaufnahmen gemacht; im ersten Quartal 1920 — Januar/März — 1951 Neuaufnahmen.

Diese Entwicklung und Festigung der Organisation hält im laufenden Quartal noch an. Obgleich noch eine Reihe von Ortsvereinen, darunter die einiger größerer Provinzstädte die Abrechnungen noch nicht eingeleitet haben, sind bereits bis Mitte August dieses Jahres 210 862 Wochenbeiträge für Männer und 39 565 für Frauen umgelegt. Neuaufnahmen sind bisher 3020 gemacht. Die Zahl der Ortsvereine liegt von Ende 1919 von 271 bis Ende Juni d. J. auf 308. Die Einnahmen im Bezirk betragen im Vierteljahr Januar—März 1920 als Anteil der Wochenbeiträge für den Bezirksvorstand und Parteivorstand 36 440 M. Mit dem 1. Juli d. J. trat die Beitragserhöhung auf 50 und 40 Pf. pro Woche für Männer und 30 Pf. für Frauen in Kraft, so daß eine weitere finanzielle Kräftigung der Organisation zu erwarten ist. Außerdem sind für Wahlsondierungen zur Reichstagswahl 22 456 M. und aus freiwilligen Sammlungen 10717,49 M. eingegangen.

Abkehr zur Partei. Genosse Heinrich Ströbel hat, nachdem er schon zuvor in viel bemerkten Aufsätzen seine Uebereinstimmung mit den grundsätzlichen Auffassungen unserer Partei kundgegeben hat, auch organisatorisch seinen Wiedereintritt in sie vollzogen.

Unsere Nordtiroler Genossen hielten in Innsbruck eine Landeskongress ab. Genosse Abram sagte zum Schluß seiner Eröffnungsrede:

„Vorher wir nun in die Beratungen eingehen, bitte ich Sie, den von uns abgetrennten Deutschösterreichern Brüdern unsere wärmsten Sympathien und unsere herzlichsten Grüße zu entbieten, wobei wir der festen Ueberzeugung Ausdruck geben, daß in absehbarer Zeit unsere abgetrennten Brüder im sonnigen Süden wieder mit uns vereint sein werden.“ (Langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Wir finden diesen Bericht unerfüllt in unserem Wogener Parteiblatt, das unter italienischer Aufsicht steht.

Prezioso, für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Wiede, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft bei Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

DIE GUTE MASSARY ZIGARETTE

urteilen Sie selbst!

Billige Angebote!

Damenbekleidung

| | |
|---|--|
| Floite Mäntel für Herbst und Winter aus soliden Stoffen | 175 ⁰⁰ 198 ⁰⁰ 290 ⁰⁰ |
| Helle Flauschmäntel Tages- und Abendmäntel | 590 ⁰⁰ 790 ⁰⁰ 975 ⁰⁰ |
| Jackenkleider aus dunklen, kräftigen Stoffen | 265 ⁰⁰ 390 ⁰⁰ 590 ⁰⁰ |
| Jackenkleider aus guten, reinwollenen Stoffen | 790 ⁰⁰ 975 ⁰⁰ 1175 ⁰⁰ |
| Tanzkleider aus gestricktem Tüll, für junge Damen | 490 ⁰⁰ 525 ⁰⁰ 590 ⁰⁰ |

| | |
|--|---|
| Seidenkleider für Nachmittag und Abend | 590 ⁰⁰ 790 ⁰⁰ 975 ⁰⁰ |
| Wollkittelkleider helle und dunkle Farben | 690 ⁰⁰ 790 ⁰⁰ 975 ⁰⁰ |
| Gesellschaftskleider sehr aparte Ausführung | 975 ⁰⁰ 1375 ⁰⁰ 1675 ⁰⁰ |
| Kleiderröcke aus gediegenen, kräftigen Stoffen | 49 ⁰⁰ 69 ⁰⁰ 78 ⁰⁰ |
| Kleiderröcke aus guten, reinwollenen Stoffen | 250 ⁰⁰ 350 ⁰⁰ 450 ⁰⁰ |

Mass-Anfertigung
nach neuesten Entwürfen, auch von zugegebenen Stoffen, gutstehend und fest verarbeitet

Pelz-Abteilung
Umarbeitungen und Änderungen werden sorgfältig und schnellstens ausgeführt

| | |
|---|-----------------------------------|
| Blusen u. Unterröcke | |
| Bluse aus gutem, molligwarmem Veloursbarchent in aparten Streifen | 76 ⁵⁰ 89 ⁵⁰ |
| Bluse aus dunklen melierten Stoffen, moderne hochgedrössierte Form | 59 ⁵⁰ |
| Bluse aus gestreiften, halbwoollenen Stoffen, z. T. mit apart. Seidengarnierungen | 69 ⁵⁰ 98 ⁵⁰ |
| Bluse aus Crêpe de Chine, moderne Fassung in verschiedenen Farben | 175 ⁰⁰ |
| Unterröcke aus Trikot mit verschiedenen stoffen Stoffansätzen | 43 ⁵⁰ 54 ⁵⁰ |
| Halbudi-Unterröcke aus guten Stoffen, flotte Fassons | 67 ⁵⁰ 74 ⁵⁰ |
| Moiré-Unterröcke in sehr guter Qualität und Verarbeitung | 116 ⁵⁰ |
| Duchesse-Unterröcke reine Seide in vornehmen Farben, hoheleg. Verarbeitung | 295 ⁰⁰ |

Pelzmäntel für Damen u. Herren
Grosse Auswahl in Fuchskragen v. 195⁰⁰ an
Einzelne Felle, Pelzbesatzstreifen

Echte Silberfuchse, Kreuzfuchse, Blaufuchse, Weissfuchse, Iltis-, Marder- und Skunksgarnituren

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE
ALEXANDER-PLATZ
FRANKFURTER ALLEE